

1091
Telephon
Telegraphen-Station
Telegraphen-Adresse
Sozialdemokrat, Prag II.
Bollschiedami 57544.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:
Bei Zustellung ins Haus
oder bei Bezug durch die
Post
monatlich . . . Kz 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 98.—
ganzzährig . . . 192.—
Kündigung
von Manuskripten erfolgt
nur bei Einbringung der
Retourkarten.
Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh.

3. Jahrgang.

Samstag, 21. Juli 1923.

Nr. 168.

Die wahrhaft Internationalen.

Wie für die Heilung aller Schäden und Gebrechen in der Welt, haben die Kommunisten auch den Alleinvertrieb des Mittels zur Lösung aller nationalen Probleme. Was war das für ein Gefähr und Verrat in der kommunistischen Presse, als der Hamburger Kongress den Anfang machte, die zerstückelten Teile der sozialistischen Arbeiterbewegung zusammenzufassen, und der Kongress nicht gleich im Handumdrehen alle nationalen Differenzen, die der Weltkrieg in der Arbeiterbewegung zurückgelassen, zu beseitigen vermochte! Welche häßliche Freude zeigten die Kommunisten über die Schwierigkeiten, welche besonders in der Tschechoslowakei der internationalen Einigung des sozialistischen Proletariats noch gegenüberstehen, und mit welcher billigen Spot begleiteten und begleiten sie auch jetzt noch alle Auseinandersetzungen, alle Bemühungen, das Problem zu bewältigen! Man hätte wirklich meinen können, daß für die kommunistische Partei das Problem nicht existiere und nie existieren werde, daß alles bei ihnen eitel Internationalität sei und daß die kommunistische Partei aus lauter internationalen Mutter-Kinden bestehe, welche kein schärferes Verlangen haben, als die streng ausgerichteten Reihen der Partei in sauberster Ordnung zu halten. Hier die Tugend, dort das Laster — wem könnte es da schwer fallen, sich zu entscheiden!

Aber leider ist nicht alles Gold, was glänzt, oder was geschäftige Hände auf den Glanz herzurichten suchen! In der kürzlich abgehaltenen Sitzung der erweiterten Exekutivkommission der kommunistischen Internationale mußte der tschechische Delegierte Zapotoch das schmerzliche Geständnis ablegen, daß in bezug auf die einheitliche internationale kommunistische Gewerkschaftsbewegung in der Tschechoslowakei es durchaus nicht so klappen wollte, wie es von Moskau vorgeschrieben ist: „Die Verhältnisse auf dem Gebiete der Gewerkschaftsbewegung in der Tschechoslowakei sind nicht minder kompliziert als auf dem Gebiete der Politik.“ So leitet Zapotoch die Entschuldigung ein, daß es den Kommunisten nicht gelungen ist, ihre Gewerkschaftsbewegung national vollständig zu vereinheitlichen, so daß hier noch immer zwei selbständige kommunistische Textilarbeiterorganisationen bestehen. Und Zapotoch klagt: „Wollte man diesen Erscheinungen vorbeugen, dann müßte man für die Eroberung der Gewerkschaften in der ersten Phase des Kampfes als Parole die Verschmelzung der tschechischen und deutschen Amsterdamer Organisation ausgeben und dann erst, — also in der einheitlichen Amsterdamer Gewerkschaftsorganisation (!) — den Kampf für die Zugehörigkeit zur Roten Gewerkschaftsinternationale aufnehmen. Diese Taktik wurde aber von uns nicht angewendet und nun ist es notwendig, mit den Tatsachen zu rechnen.“ Das sind ja schöne Kulissengeheimnisse, die Zapotoch da ausplaudert! Sie besagen nichts weniger, als: gäbe es eine einheitliche Amsterdamer Gewerkschaftsorganisation, so wäre auch der daraus von den Kommunisten abgeplottete Teil ein einheitlicher. Da es aber zwei Amsterdamer Verbände gibt, und die Kommunisten in beiden ihren zersetzenden Parolen-Schwindel entfalten mußten, aus beiden heraus ihre Gruppen bilden, so gibt es eben zwei Gruppen. Arithmetisch ist das richtig, aber wo bleibt die zaubergewaltige Kraft der „wahrhaft Internationalen“, die nicht einmal imstande ist, die internationale Vereinigung der auf diese Weise losgelassenen Gruppen zu bewirken?! Moskau befiehlt: es darf nur eine einheitliche kommunistische Partei und eine ebensolche Gewerkschaftsbewegung geben, aber Herr Zapotoch muß gestehen, daß dies leichter gesagt als getan ist, und er muß feststellen: gäbe es nur einen Amsterdamer Verband, statt zwei, so hätten wir auch eine einheitliche internationale Gewerkschaftsorganisation, doch da

Die deutsche Regierung kapituliert vor den Schiebern.

Sie will den Devisenmarkt sich selbst überlassen.

Berlin, 20. Juli. (Eigenbericht.) Die von der Reichsbank während der gestrigen Böse angekündigte, neue Aktion gegen die Sabotage, die jetzt von der Gesamtheit der deutschen Kapitalisten betrieben wird, dürfte im Sande verlaufen. Es ist zu einer Besprechung zwischen dem Reichsbankdirektorium und den Vertretern einiger Großbanken gekommen, bei der ein Uebereinkommen getroffen wurde, wonach die Banken selbst eine stärkere Kontrolle bei der Zuweisung der Devisen ausüben sollen, damit sich solche Vorfälle wie gestern nicht mehr wiederholen. Dagegen erklärte die Reichsbank von einer Einstellung der Wechselkontierung Abstand zu nehmen. Von diesem Uebereinkommen ist ebenso wenig wie von den bisherigen Maßnahmen der Reichsbank eine günstige Wirkung zu erwarten. Denn wie der

frühere Reichswirtschaftsminister, Genosse Robert Schmidt, heute öffentlich feststellt, sind es gerade die Banken, die mit mindestens 60 Prozent des zuteilten Devisenmaterials Kettenhandel treiben, indem sie die Devisen untereinander weiterverhandeln und ungeheure Kursgewinne erzielen. Der Sinn des Abkommens ist in Wirklichkeit, daß die Reichsbank den Devisenmarkt sich selbst überlassen will; sie ist also wieder vor den kapitalistischen Interessen zurückgewichen. In die Durchführung der von der Sozialdemokratischen ununterbrochen geforderten finanzpolitischen, währungs- und steuerrechtlichen Maßnahmen scheint weder die Reichsbank noch die Regierung zu denken.

Der Präsident des Staatsgerichtes — Schuld an Ehrharts Flucht.

Schwere Beschuldigungen der tschechischen Regierung.

Dresden, 20. Juli. In einer offiziellen Erklärung erhebt die tschechische Regierung schwere Beschuldigungen gegen den Präsidenten des Staatsgerichtes, Dr. Ehrhart. Sie stellt folgendes mit: Die Untersuchung gegen Ehrhart wurde nicht von tschechischen, sondern von Beamten des Reichsgerichtes geführt. Als der Untersuchungsrichter des Staatsgerichtes Dr. Meh die Voruntersuchung gegen Ehrhart übernahm, ordnete er die strengste Ueberwachung von Ehrharts Verkehr mit der Außenwelt an. Die an ihn gerichteten Erörterungen wurden genau untersucht und den Briefwechsel an Ehrhart hat Dr. Meh stets persönlich überwacht. Besuche bei Ehrhart sind nur in sehr beschränktem Umfang und nur unter Aufsicht von Dr. Meh, mitunter auch eines Oberbeamten, zugelassen worden. Die Behandlung Ehrharts wurde wesentlich anders, als am 15. März die Voruntersuchung geschlossen und Ehrhart damit der Verlegung des Vorsitzenden des Staatsgerichtes, des Senatspräsidenten Doktor Schmidt unterstellt wurde. Zwar hat er auf Anregung von Dr. Meh und des Oberstaatsanwaltes formell die Fortdauer der von Meh gestellten Sicherheitsmaßnahmen angeordnet, tatsächlich jedoch sind sie von Dr. Schmidt nicht mehr in genügendem Maße eingehalten worden. Ehrharts Briefwechsel wurde nicht von Doktor Schmidt, sondern in dessen Auftrag allgemein nur von einem Oberbeamten überwacht. Besuche wurden in erweitertem Umfang gestattet. Eine Reihe von Besuchen bei Ehrhart hat Dr. Schmidt ohne die selbstverständliche Zustimmung einer Aufsicht erlaubt (!). So haben Ehrharts Frau und Ehrharts Vetter Karl Ehrhart aus Hamburg etwa acht Tage vor der Flucht je an einem Tage vormittags und nachmittags stundenlang (!) mit Ehrhart im Gefängnis ohne die geringste Ueberwachung verhandelt (!). Dies geschah, obwohl in einem beim Staatsgerichtshof zur Kontrolle vorgelegten Briefe von einem bevorstehenden, für Ehrhart entscheidenden Ereignisse gesprochen wurde. Ehrhart selbst hat einem seiner Verteidiger gegenüber sein Erlaunen und seine Befriedigung über

diese von Dr. Schmidt eingeräumten unerwarteten Begünstigungen ausgesprochen. Dabei ist der Hamburger Ehrhart ein Mann, der über große Geldmittel verfügt, gute Beziehungen zu Ehrharts Freunden unterhält und sich ganz offen seiner Verbindungen mit dem Reichsfinanzminister Cuno und dem Reichsjustizminister Heineke rühmt. Dem Bürobeamten, der Karl Ehrhart zu dem Gefängnis begleitet hat, hat Präsident Doktor Schmidt ausdrücklich untersagt, der Unterredung beizuwohnen (!). Eine Untersuchung Karl Ehrharts und der anderen Personen, die den Gefangenen ohne Zusage besuchen durften, ist nie erfolgt. Sie konnten also nicht mit Ehrharts Fluchtpläne in alle Einzelheiten besprechen, sondern ihm auch die erforderlichen Hilfsmittel zur Flucht an die Hand geben. Den geschützten Verkehr konnte die tschechische Gefängnisverwaltung nicht hindern, denn nach den gesetzlichen Vorschriften waren allein die Anordnungen des Präsidenten Doktor Schmidt maßgebend. Die Gefängnisverwaltung mußte also diesen außergewöhnlichen und höchst bedenklichen Verkehr dulden. Die Verantwortung für die Folgen trägt allein der nur dem Reichsjustizminister unterstellte Vorsitzende des Staatsgerichtshofes Dr. Schmidt. Er hat in den letzten Tagen einem Beauftragten der tschechischen Regierung gegenüber, der ihn nach dem Entweichen Ehrharts um Auskunft über den Inhalt seiner Maßnahmen zur Sicherung der angeklagten Fortdauer der Untersuchungshaft Ehrharts ersuchte, unter Berufung auf seine Stellung als Senatspräsident des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik erklärt, er schulde niemandem Menschenlasten über seine Maßnahmen, er sei nur sich selbst und dem Reichsjustizminister verantwortlich. Er ließe sich keine Vorwürfe machen. Eine Verantwortlichkeit gegenüber der Öffentlichkeit könne er nicht anerkennen. Die tschechische Regierung erklärt zum Schluß, sie behalte sich vor, gegebenenfalls weitere für die Beurteilung der Schuldfragen wesentliche Tatsachen bekanntzugeben, sobald dies der Stand des Verfahrens gestatten werde.

uns die bösen Amsterdamer nicht mit gutem Beispiel vorangegangen sind, so sind wir Moskau nicht imstande, es besser zu machen und müssen „mit den Tatsachen rechnen“. Herr Zapotoch will es wohl nicht gelten lassen, daß hierbei nationale Strömungen mitspielen, und er führt den Bestand der zwei selbständigen kommunistischen Textilarbeiterorganisationen auf die Verschiedenheit der Anschauungen über die Organisationsform des Einheitsverbandes zurück. Anschauungen, die, wie er zugibt, „nicht nur innerhalb der tschechischen und deutschen Sektion der Textilarbeiter in Erscheinung traten“, sondern „auch zwischen der Führung einiger

tschechischer Roter Verbände und der Führung des Einheitsverbandes“. Aber auch das sieht nicht nach überwältigender Einigkeit aus! Die Moskauer Schreibjünglinge, die so viel Linte über die „bunte“ sozialistische Internationale verspritzen, sollten also künftig die alte bewährte Lehre beherzigen, daß, wer im Glashauss sitzt, nicht mit Steinen werfen soll. Aber damit war Zapotoch mit seinem Klagegedicht zu Ende. Der zweite Teil seiner Zeremonie darüber, daß hier nicht alles so gehe, wie es die Moskauer Päpste wollen, galt dem autonomen slowakischen kommunistischen Landarbeiterverband: „Es ist unleugbar, daß die Führung des von uns eroberten und ge-

führten Landarbeiterverbandes in der Slowakei nicht taktisch (schon wieder! Ann. d. R.) vorgegangen und daß sie dort (wie ist das bei den unerschöpflichen Taktikern möglich? Ann. d. Red.) wesentliche Fehler machte.“ Und nun erzählte Zapotoch, daß in der Slowakei eine Strömung für den Anschluß an den Einheitsverband entstand, die mit Umgehung des eigenen Verbandes (der noch nicht angeschlossen war), mit dem Einheitsverband wegen des Anschlusses verhandelte. Der kommunistische tschechoslowakische Vollzugsausschuß verweigerte die Bewilligung zum Anschluß, worauf der Sekretär der kommunistischen Landarbeiter in der Slowakei, Michalus, zum Mitteleuropäischen Büro der Roten Gewerkschaftsinternationale in Berlin fuhr, und dort wurde ihm und nicht dem Vollzugsausschuß recht gegeben! Er durfte den autonomen Verband — Zapotoch nennt ihn ausdrücklich: „Trubverband“! — gründen, und Michalus durfte sogar in Moskau „seine Klagen vortragen“, ohne daß, wie sich Zapotoch beschwert, „uns die Möglichkeit gegeben worden wäre, uns über diese Angelegenheit zu äußern“. Die herzliche Einheitsliebe der kommunistischen Gewerkschaftsorganisation offenbart sich also so: der Vollzugsausschuß der kommunistischen Partei liquidierte den autonomen Landarbeiterverband der Slowakei und beschloß die Angliederung der slowakischen Landarbeitergruppen an den Prager Gesamtverband der Landarbeiter, aber der slowakische Landarbeiterverband scherte sich den Teufel um diesen Beschluß, und setzte mit Hilfe Moskaus und Berlins erst recht seine Selbständigkeit durch! O, wie bitter für die Autorität des kommunistischen Vollzugsausschusses! Darum jammert Zapotoch über die „Stärkung der zentrifugalen Bestrebungen“, die durch das Vorgehen Moskaus eine Stärkung erfahren haben, und er beschuldigt einzelne von denen, welche diesen zentrifugalen Bestrebungen hulldigen, daß sie „offenichtlich in fremden Diensten arbeiten“. Wohl tröstet Zapotoch sich und seine Freunde, daß die kommunistische Partei „solche und ähnliche Dinge zu verdauen imstande ist“, auch wenn sie ihnen „auf kurze Zeit Bauchschmerzen verursachen“, aber die an Bauchschmerzen leidenden „wahrhaft Internationalen“ sind auch eine interessante Nummer und haben somit wenig Ursache, die Splitterrichter der anderen zu sein.

Auf gewerkschaftlichem Gebiete verursacht die Internationalität den „wahrhaft Internationalen“ Bauchschmerzen. Und auf politischem? Nachdem sie zwei Jahre jede Beschäftigung mit dem nationalen Problem als „überflüssig“ abgelehnt, mußten sie sich nun von Sinowjew darüber belehren lassen, daß das ein schwerer Fehler war, und sie haben in der Tschechoslowakei „Theßen über die nationale Frage“ verfertigt, die den tschechischen Kommunisten auf den Leib geschnitten sind und so „international“ sind, daß sie auch jeder tschechische Nationaldemokrat beruhigt unterschreiben könnte. Die tschechischen Machthaber sind gegen die Autonomie der Slowakei, darum sprechen sich auch die „Theßen“ des Herrn Smeral gegen sie aus; die Machthaber wollen bei den anderen Nationen von einer territorialen und personalen Autonomie nichts wissen, prompt sind auch die „Theßen“ gegen sie. Dagegen ist die Autonomie Karpathoruhlands durch den Friedensvertrag gewährleistet, und die tschechischen Nationalisten müssen wohl oder über in den jauernden Apfel beißen, ergo legen sich auch die kommunistischen „Theßen“ für die Autonomie Karpathoruhlands ein. In große Unkosten haben sich also die tschechischen Kommunisten zugunsten der Internationalität nicht gestürzt, und sie können daher mit diesen Theßen zufrieden sein. Aber die deutschen Kommunisten? In welchem Körperteil haben die „Internationalität“ dieser Theßen Schmerzen verursacht, das wird man einmal aus kommenden Geständnissen, wie sie jetzt Zapotoch in Moskau machen mußte, erfahren!

Die Vorbereitungen der Einheitsfront des Proletariats.

Von Leopold Bösl.

Die Rede des Sekretärs der Internationalen Transportarbeiterföderation Gen. Edo Jimmen vor der Russischer Arbeiterschaft hat auf verschiedenen Seiten eine verschiedene Auslegung ihrer Tendenz in Bezug auf die Arbeiterbewegung in den europäischen Staaten gefunden. Die Kommunisten geben in ihrer Presse der Freude Ausdruck, weil Jimmen von „Sozialpatrioten“ und der „Notwendigkeit der Einheitsfront des Proletariats“ gesprochen hat und erklären Jimmen, wenn schon nicht für ihren Mann, so doch als einen Sozialdemokraten, welcher ihnen sehr nahe steht, da er doch den Sozialpatrioten der Tschechoslowakei einmal gründlich die Wahrheit sagte. Diese Freude der Kommunisten war wohl die Ursache, daß auch auf unserer Seite versucht wurde, den kritischen Teil der Rede zu analysieren und zu erklären, warum Jimmen so und nicht anders gesprochen hat. Daß dabei einerseits von Jimmens Idealismus und beider Absicht, dem Proletariat zu helfen, aber auch von seiner verzweifelnden Stimmung, seinem inneren Widerspruch, seinem Gegensatz zu Quodegest, der bald zum offenen Konflikt ausarten wird, andererseits davon gesprochen wurde, daß er die Methode der Kommunisten für richtig, ihren Ruf nach der Einheitsfront für echt hält, läßt bei eingehender Ueberlegung erkennen, daß die Kritik auf beiden Seiten nicht allzuweit schärft. Ich habe die Rede Jimmens nicht gehört, sondern sie nur im „Volkrecht“, wo dieselbe nach dem stenographischen Protokoll veröffentlicht war, gelesen, kann also mein Urteil wie Tausende andere Genossen und Genossinnen nur aus dem geschriebenen Wort schöpfen. Und da muß ich, ohne meinem Urteil besondere Bedeutung beizumessen, schon sagen, daß ich bei bestem Willen keinen Grund zur Schadenfreude auf der einen, noch weniger einen Grund für die geringste Verstimmung auf der anderen Seite finde. Wenn Fehler der Taktik irgend einer sozialistischen Partei eines Landes aufgezeigt werden, so geschieht dies um sie zu erkennen, aufzudecken und daraus zu lernen, ohne dabei das Gefühl zu haben, geprügelt zu sein, so daß von mehr oder weniger Prügel überhaupt nie gesprochen werden kann.

Soweit sich Gen. Jimmen mit den Kriegszuständen und den Infolge der imperialistischen Absichten der Bourgeoisie für das internationale Proletariat bestehenden Gefahren beschäftigte, mußte er von beiden Seiten un widersprochen bleiben. Er „sagte nichts, was nicht schon vor ihm andere Sozialdemokraten sagten.“ Dann kam er in das gefährliche Fahrwasser. Bei der Beantwortung der Frage, wie das Proletariat den drohenden Gefahren eines neuen Krieges entgegenwirken, den Krieg schließlich verhindern könne, kommt Jimmen als Sozialist naturgemäß zur Forderung nach der Einheitsfront des Proletariats. Wer will es bestreiten, daß wir, solange die Zersplitterung der Arbeiterschaft bestehen bleibt, nicht in der Lage sein werden, unsere Pflicht voll zu erfüllen, daß es also eine der wichtigsten Aufgaben eines Sozialisten sein muß, dafür zu sorgen, daß die Arbeiterschaft einig werde? Und diese Einheit ist nun einmal ohne den Zusammenschluß der proletarischen Parteien, welche auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, zum gemeinsamen Kampfe gegen den gemeinsamen Feind nicht denkbar. Gewiß gehört dazu guter Wille, gegenseitiges Vertrauen, und vor allem volles Verstehen der Situation, in der sich das Weltproletariat befindet. Gegenseitiges Vertrauen erwirkt man aber schließlich nur dadurch, wenn man weniger die Fehler des anderen aufzudecken sich anstrengt, sondern vielmehr trachtet, Gerechtigkeit auch dem widersfahren zu lassen, der einmal etwas anderer Meinung ist. Auf diesem Wege aber hinkt diesmal das Pferd. Wo ist aus der Rede Jimmens herauszulesen, daß er „glaubt“, eine gleich eingeschlossene Kriegsgegnerschaft aller sozialistischen Führer, hätte im Jahre 1914 den Krieg zu hindern vermocht? Wo „redet er sich ein“, daß die alleinige Ursache der Kriegsbegeisterung auch vieler Arbeiter in der falschen Politik führender Sozialisten gelegen sei? Wo spricht er von sozialpatriotischen Führern, welche die Arbeiterklasse verraten, so daß Massenproblem vorschobend zu einem Führerproblem? Wer darf sich, wenn er es mit der Kritik ernst nimmt, erlauben, jemanden seinen Gedanken zu unterwerfen, für dessen Vorhandensein nichts spricht? Politischer Weltblick der Führer, Schenkung der Massen, Verteilung der politischen, ökonomischen und militärischen Kräfteverhältnisse als Voraussetzung eines erfolgreichen Kampfes der Arbeiterschaft gegen den Krieg und die Reaktion, aus welchem Teil der Rede geht es hervor, daß Jimmen das alles nicht sieht?

Jimmen sagt, daß die Zersplitterung in unseren Reihen die Folge der absolut falschen Taktik der Genossen ist, die links von uns stehen, die gemeint haben, dadurch die Arbeiterschaft härter, kräftiger und kampfbereiter zu machen, daß sie immer und immer wieder behaupten, alle, die nicht denken wie sie, wären Verräter, Sozialpatrioten, an die Bourgeoisie verkauft und sie müssen so schnell als möglich erledigt werden. Daß jeder, der anders denkt, ein Verräter, ein an die Bourgeoisie verkaufter ist, das ist nicht die Meinung der kommunistischen Arbeiter, sondern nur die Taktik ihrer Führer, meinetwegen ihre Einbildung und letzten Endes dafür, ob Einheitsfront des Proletariats oder nicht, ebensovienig bestimmend, als das Liebäugeln Nabels mit den

Nationalisten, für das auch die deutschen kommunistischen Arbeiter in der Tschechoslowakei sicher kein Verständnis haben, oder die Parole der Moskauer Exekutive nach Bildung einer Arbeiter- und Bauernregierung. In den neunziger Jahren haben sich Radikale und Gemäßigte nicht weniger hart und rücksichtslos bekämpft und es ist doch in Sainfeld zur Einigung gekommen. Auch damals gab es auf beiden Seiten ehrliche Kämpfer und auf beiden Seiten „Herren und Damen, in deren Gesellschaft sich ein ehrlicher Sozialist nicht allzuviel herumtreibt und solche, die durch irgend einen Unstund in die Höhe rücken, besser leben und essen können und satte, zufriedene Spieler würden.“ Damit soll keineswegs die kommunistische Taktik, die Jimmen ganz richtig kritisierte und dem Proletariat so schweres Unheil brachte, entschuldigt werden. Können aber solche Fälle, geboren aus den Verhältnissen der kapitalistischen Gesellschaft, auch nur einen marxistischen Grundsatze wandeln? Wir konstatieren diese Fälle, aber die Bewegung schreitet schließlich darüber hinweg. Wer den Sieg des Proletariats will, wenn das Herz blutet, ob der Selbstgerechtigkeit der Arbeiterklasse, muß die Einheit wolsen und für sie wirken trotz alledem und alledem!

Genosse Jimmen betrachtet den Krieg als ein großes, vielleicht das größte Unglück für das Proletariat und ist für die Anwendung der äußersten Kampfsmittel, welche der Arbeiterschaft zur Verfügung stehen, um einen solchen zu verhindern. Gen. Böslina hat nun entdeckt, daß er dabei ganz falsche Wege beschreitet: „Sein (Jimmens) weltfremder Idealismus führte dazu, daß er die Beschlüsse, Resolutionen und den rauschenden Beifall des Saager Friedenskongresses als Evangelium betrachtete, und am Gewerkschaftskongress in Rom durch einen Beschluß die Arbeiter im Falle eines Krieges zum Generastreik verpflichtete.“ Ich weiß nicht, wann und wo Jimmen erklärte, daß die Saager Beschlüsse für ihn ein Evangelium sind, aus welcher Aeußerung dies hervorgeht, und ob er wirklich jemals daran glaubte, daß der sogenannte bürgerliche Pazifismus im Stande ist, Kriege zu verhindern; ich weiß nur, daß die Beschlüsse im Haag von der Sozialdemokratie niemals verurteilt, dieselben, soweit sie die Fragen des überstaatlichen Völkerrrechts behandelten, von führenden Theoretikern der Partei sehr ernst genommen wurden. Wenn es aber von den Gewerkschaften und Sozialisten Jimmen ein Fehler war, an den Beschlüssen im Haag in irgend einer Weise mitzuwirken, so hätte man ihm das im richtigen Zeitpunkt und nicht mißzuverstehender Form von kompetenter Stelle sagen müssen. Das ist nicht geschehen. Und den Beschluß des Gewerkschaftskongresses in Rom begrüßten viele Gewerkschaftsblätter als eine Tat. Jetzt wird dem weltfremden an seiner eigenen Mission verzweifelnden Idealisten Jimmen gesagt: „Es wäre klüger gewesen, die Beschlüsse von Rom und vom Haag nicht zu fassen!“ Da war es wohl auch unklug von den internationalen Sozialistenkongressen, Resolutionen gegen den Krieg und Beschlüsse über die gemeinsame Abwehr durch das Proletariat zu fassen, die dann nicht in die Tat umgesetzt werden konnten und wieder sehr klug vom Schweizer Grimm, wenn er sich mit Erfolg bemühte, in der Somburger Resolution gegen den Krieg das Wörtchen „imperialistische“ vor das Wort „Kriege“ zu setzen! Als die Befehle des Ruhrgebietes kam, „sähtle Jimmen die Schwäche seiner Position“. Wer fühlte denn diese Schwäche als der deutsch-französische Krieg, als der Weltkrieg kam? So wie Jimmen haben auch die Schöpfer der Resolutionen auf den internationalen Kongressen „verzweifelt“, als sie die Ohnmacht der Arbeiterklasse immer aus neue sehen mußten, sind durch die Lande gereist, um die Arbeiterschaft gegen Kapitalismus, Reaktion und Krieg aufzuwecken, und ließen sich in ihrer „Verzweiflung“ von der herrschenden Gewalt einkerkern, um nach Erlangung der Freiheit aufs neue zu kämpfen. „Tragödie eines Menschen!“ „Tendenz zur persönlichen Verbitterung!“ „Verkenning der Kräfte der Gesellschaft!“ Armer Jimmen, wie hat das kommunistische Lob Dir Hirn und Seele zugerichtet!

Ich will mit diesen Zeilen den Genossen Jimmen nicht verteidigen; dazu fühle ich mich umsoweniger berufen, als er selbst dies viel besser besorgen würde, wenn er die Notwendigkeit hiezu empfände. Aber zu zeigen, wohin es führt, wenn allzuviel um der Kritik willen kritisiert wird — halte ich für notwendig, besonders wenn es sich um die heikle Frage der proletarischen Politik handelt. Und selbst auf die Gefahr hin, daß mir ebenfalls das Schlimmste geschieht, was einem Sozialisten geschehen kann, daß ich als rein individueller Taktiker betrachtet werde, sage ich es heraus; ich finde an der Rede des Genossen Jimmen, wenigstens soweit ich sie studieren konnte, nichts, was bei enger Betrachtung zu solchen Auffassungen Anlaß geben könnte, wie sie in der kommunistischen und in unserer Parteipresse dargelegt wurden. Ich habe schon hier und da eine Rede gehört, welche sich bei einigen guten oder bösen Willen mit Berechtigung ähnlich zerpflücken ließe. Aber nicht alle sozialdemokratischen Redner, welche einmal radikalere Töne anschlagen, haben das Unglück, von den Kommunisten umarmt zu werden, wie man auch freundlich überliest, wenn man „echter Revolutionär“ im leichtsten Gewässer bürgerlicher Auffassung herumplätschert. Wo kämen wir auch hin, wenn wir jede der unzähligen Versammlungsreden auf ihren inneren theoretischen Wert mit aller Strenge prüfen würden. Und auch hier handelt es sich um eine Versammlungsrede. Der eventuelle Hinweis darauf, daß diese Rede vor vielen Hunderten Arbeitern, unter welchen sich auch

Kommunisten befanden, gehalten wurde, zieht nicht. Aber eines finde ich: wir sind schnell zur Stelle, wenn es gilt, andere unter die kritische Lupe zu nehmen und damit oft so sehr beschäftigt, daß wir ganz darauf vergessen, hier und da Selbstkritik zu üben. Und diese Selbstkritik ist für alle, welche wirklich die Einheitsfront des Proletariats wollen, recht notwendig.

Inland.

Ente oder Seeschlange? Der „Cech“, das Blatt des Prager Erzbischofs, hat eine aufsehenerregende Entdeckung gemacht. Er teilt sie auch gleich brüderlich seinen Lesern mit:

„Es ist unstrittig, und wird auch nicht mehr verheimlicht, daß hinter den politischen Ruffissen Vorbereitungen zur Bildung einer neuen Regierung für die künftige Parlamentsperiode getroffen werden. Zum Erstaunen jedes tschechisch empfindenden Menschen, der sein Volk und die Ordnung liebt, sollen in die Regierung nicht nur Kommunisten mit Smeral und dem Reichsberger Kreibich an der Spitze, sondern auch nationalistische Deutsche, d. h. Agrarier und Sozialdemokraten ins Kabinett einbezogen werden. Es soll eine neue rot-grüne Koalition gebildet werden, verschlechtert dadurch, daß in ihr tschechische und deutsche Kommunisten sitzen sollen, was die erste Etappe und eine gewisse Zwischenregierung zur kommunistischen Anarchie in unserem Staate wäre. Es ist bemerkenswert, daß die Brücke zu diesem Regierungssystem Abg. Stibin baut... Wir haben diese Sache schon lange erwartet, heute überrascht uns nichts mehr, wir sind für diese Möglichkeit vollständig vorbereitet. Wir sprechen nicht für die führenden Kreise der Volkspartei, da wir keine Legitimationen hiezu besitzen, wir sehen nicht darauf, was die tschechischen Agrarier und Nationaldemokraten sagen. Aber soviel setzen wir voraus, ja können wir als sicher voraussehen, daß zu diesem öffentlich erklärten sozialdemokratischen Akt alle unsere Redner unter das Volk gehen werden, um ihm sachlich und ruhig zu verkünden, welche Gefahr sich für unser Volk vorbereitet.“

Die erste und größte „Gefahr für unser Volk“ wäre, daß Herr Mgtr. Sramel bei Bildung der neuen „rot-grünen Koalition“ nicht mehr Minister sein könnte. Da müssen freilich alle Kerikalen Redner „unter das Volk gehen“, um das drohende Unheil zu verhindern! Es ist „unstreitig“ und kann „nicht mehr verheimlicht werden“. Darum: Katholisches Volk, steh' auf und schütze deine heiligsten Güter! Der „Cech“ hat es an den Tag gebracht! Er selbst hat die berühmte Seeschlange ja gesehen! Oder war es eine Ente? Die Angst vor der „rot-grünen Koalition“, die Herrn Sramel um das Ministerposteuille bringen könnte, ist groß, da können die Tiere, die in heißen Sommertagen in den Redaktionen austauschen, leicht vertauscht werden. Da bleibt nur ein probates Mittel: Kalte Umschläge!

Deutschbürgerliche untereinander. Herr Dr. Dembikl, Sekretär der deutschdemokratischen Freiheitspartei, hielt dieser Tage in Saag eine Versammlungsrede, in der er rüchhaltlose „aktivistische“ Politik propagierte. „Der Appell an die Macht“ — sagt Dembikl unter anderem — „hat versagt, man müsse den Mut haben, der Bevölkerung zum Verständnis zu bringen, daß man nur eine Politik des Rechtes und der Gerechtigkeit mit Aussicht auf Erfolg machen könne und dürfe sich durch keine demagogischen Umtriebe von dieser klaren festen Linie abbringen lassen.“ Das mit den „demagogischen Umtrieben“ geht natürlich auf die deutschnationalen Schlagwortpolitiker und Hakenkreuzritter Schollich, Mallina und Konsorten. Herr Schollich hat's erfühlt und darum setzt er sich in seinem vernehmen Sprechsaal, dem Neutischener „Volkstruf“, folgendermaßen zur Wehre:

„Recht ohne die Macht sich durchzusetzen, ist ein Wahngedächte, welches gewissenlose Geschäftepolitiker den Massen vortäuschen, um sie auf gefährliche Abwege zu locken. Die Eigenhaft, welche dazu gehört, die Feilschheit als politisches Heilmittel zu empfehlen, nennen wir nicht Mut, sondern Schamlosigkeit. Empörend ist es auch, wenn von „innerer Unaufrichtigkeit“ gesprochen wird, die sich darin ausdrückt, daß die Deutschen in diesem Staate anders reden und anders handeln.“ Gewiß, die Deutschen reden und handeln nicht nur anders, sie denken auch wieder ganz anders. Nur Bewußtlosigkeit kann diese traurige Tatsache auf Unehrlichkeit zurückführen... Das Rätsel des politischen Indentums wird durch nichts besser gekennzeichnet, als dadurch, daß es einerseits sich für die Befahrung eines Systems einsetzt, welches das Recht der freien Meinungsäußerung niederhält und andererseits die durch dieses System mundtot gemachten Menschen der Unaufrichtigkeit zeugt. Nur die Unehrlichkeit hat es nötig, das freie Wort niederzuznippeln, die Ehrlichkeit kann jederzeit eine offene Kritik vertragen.“

Diese Kostprobe genügt wohl, um zu zeigen, auf welchem hohem Niveau sich die deutschbürger-

liche Politik im Allgemeinen und die der Deutschnationalen im Besonderen befindet.

Die Einheitsfront in Wort und Tat. Die Kommunisten stellen sich selbst in ihren Aufrufen stets als die wahren Freunde der Einheitsfront der Arbeiterschaft dar. Wie sie es in Wirklichkeit halten, lehrt der Fall des kommunistischen Lederarbeiterverbandes. Dieser Verband befindet sich in schwierigen finanziellen Verhältnissen und ist nicht imstande, den Streik der Lederarbeiter in der Slowakei zu finanzieren. Deswegen wandte er sich an die Union der Lederarbeiter, die unter Führung des tschechischen sozialdemokratischen Abgeordneten Johannis steht und bot dieser die Verschmelzung mit der Sektion der Lederarbeiter im kommunistischen allgewerkschaftlichen Verband an. Es wurde eine diesbezügliche Konferenz einberufen, auf der es tatsächlich gelang, eine Einigung zwischen den beiden Gruppen herbeizuführen. Ueber diese Einigung wurde ein Protokoll, datiert vom 10. Juli, aufgenommen, welches von den Funktionären beider Verbände unterschrieben ist und die Bedingungen der Einigung enthält. Raum aber hatte die kommunistische Parteileitung von dieser Einheitsfront erfahren, gab sie schon den Befehl aus, die Einheitsfront zu zerbrechen und verbot einfach dem kommunistischen Sekretär die Einigung durchzuführen. Wenn tatsächlich die Einigung scheiterte, dann ist die kommunistische Parteizentrale der schuldtragende Teil und es ist unumwiderleglich bewiesen, daß die Parole der Einheitsfront nur eine Phrase im Munde der Kommunisten ist und daß sie diese Einheitsfront verraten, sobald es der kommunistischen Partei nicht in den Kram paßt.

Der Gewaltakt gegen die Falkenauer Arbeitslosen, der von den Prager Zentralstellen dadurch verübt wurde, daß man zu der Egerregulierung nur tschechische Arbeiter und nur einen einzigen der Tausende von Arbeitslosen deutschen Arbeitern im dortigen Gebiete heranziehen will, hat — wie wir mit Genugtuung feststellen — u. a. die Billigung der tschechischen Genossen des Bezirkes Falkenau gefunden. Wie diese nämlich dem Karlsbader „Volkswille“ mitteilten, stellen sie sich gegen den Auftrag, den das Ministerium zur sozialen Fürsorge, betreffend die Einstellung von Arbeitern bei der Egerregulierung ergehen ließ. Um in vollständig objektiver Weise die Einstellung der Arbeiter durchzuführen, wurde schon im vorigen Monate bei der Bezirksverwaltungs-Kommission in Falkenau ein Komitee bestimmt, welches aus den Vertretern der gewerkschaftlichen Organisationen, bezw. dessen Arbeitsvermittlungen besteht. Dieses Komitee, dem auch zwei Vertreter der tschechischen Minorität angehören, wird die Vorschläge zur Aufnahme der Arbeiter nach dem Grundsatz der Dürftigkeit erstatten, wobei die Angehörigen der tschechischen Nation verhältnismäßig berücksichtigt werden. Selbstverständlich können diese Vorschläge nur an die Bezirksverwaltungsstelle erfolgen. Angehts dieses Verhaltens der tschechischen Genossen ist das Vorgehen des Ministeriums für soziale Fürsorge um so empörender. Die tschechischen Genossen in Falkenau haben mit der Erklärung, die sie unserem Karlsbader Bruderblatte abgegeben haben, einen Beweis ihrer Internationalität und ihres Gefühles für Gerechtigkeit gegeben, was wir gerne anerkennen wollen. Es ist auch zu hoffen, daß die beteiligten Ministerien den Schandverlaß zurückziehen, da sich nun deutsche und tschechische Arbeiter einmütig dagegen wenden.

Benesch wieder in Prag. Minister des Neuhern Dr. Benesch ist gestern um 16 Uhr 30 Min. nach Prag zurückgekehrt.

Die Gemeindevahlen.

Die Gemeindevahlen im Teplischer Bezirke finden an zwei Tagen, und zwar am 14. Oktober und 4. November statt. Die Wahl ist in Aussicht genommen: Am 14. Oktober 1923 in den Gemeinden: Pphanken, Wistritz, Judmantel, Dreihunken, Koston, Graupen, Ubergraupen, Weiskirchlich, Jüdenhof, Probstau, Seltens, Teplischönau, Turn, Kleinauged und Rosental. — Am 4. November 1923 in den Gemeinden: Boreslau, Biserfschan, Fintwald, Grünwald, Kradob, Liehnik, Moldau, Hertine, Zuchey, Ulerabod, Voitsdorf und Schallan, dann in allen zu diesen genannten Gemeinden gehörigen Ortschaften.

Der Termin für die Gemeindevahlen in Groß-Prag soll — wie wir nach den „Lidove Noviny“ gestern berichteten — der 7. Oktober sein. Demgegenüber teilt das „Ceske Slovo“ gestern mit, daß der Zeitpunkt der Prager Gemeindevahlen noch nicht festgesetzt ist. Das Blatt läßt durchblicken, daß die Meldung „Lidove Noviny“ dem Wunsche eines bestimmten Ministeriums entspricht.

Die Gemeindevahlordnung mit beiden Novellen, das Gesetz über die ständigen Wählerverzeichnisse sowie alle anderen Gesetze, die die Gemeindevahlen betreffen, erläutert durch die Rechspruchung des Obersten Verwaltungsgerichtes und des Wahlgerichtes, herausgegeben von Dr. Alexander Jeyer, Obersekretär des Obersten Verwaltungsgerichtes, ist soeben im Verlage des „Prager Archiv“ erschienen. Das Werk ist zum Preise von 11 K beim Verlage des „Prager Archiv, Prag II, Pankla 12, und in allen Buchhandlungen erhältlich.

Die Fertigstellung der englischen Note.

London, 20. Juli. (Havas.) Lord Curzon hatte gestern nachmittags eine lange Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Baldwin. — Die nationalliberale Partei beschloß, die Forderung zu stellen, daß am 26. ds. im Unterhaus eine Aussprache über das Budget für das Ministerium des Ackerbaus abgeführt werde, wodurch auch die Eröffnung einer Debatte über die auswärtige Politik, namentlich über die Ruhrfrage, ermöglicht werden soll. — Die heutige Witterung bezeichnet das Gerücht, daß Deutschland begonnen hat, bezüglich der Einstellung des passiven Widerstandes in Ruhrgebieten zu verhandeln. — Der diplomatische Berichterstatter der „Daily News“ bezeichnet es als möglich, daß es vor Absendung der britischen Antwort an Berlin zu einer Zusammenkunft zwischen den alliierten Premierministern kommen werde. — Der französische Vorkämpfer sprach gestern im Foreign Office vor, wurde aber, da Lord Curzon beschäftigt war, von dem ständigen Untersekretär für auswärtige Angelegenheiten empfangen.

Das Kabinett wurde auf heute mittags in das Unterhaus einberufen, um in der Redaktion

Der passive Widerstand.

Deutschlands Bedingungen für dessen Einstellung.

London, 20. Juli. (Havas.) Steuerbüro erfährt, daß das Außenamt heute morgen ein offizielles Telegramm aus Berlin erhalten hat, in welchem mitgeteilt wird, daß es Deutschland unmöglich ist, die Einstellung des deutschen Widerstandes im Ruhrgebiet anzuordnen, ohne Garantien zu haben, daß Frankreich dieses Gebiet räumt. Das Steuerbüro meint, daß Deutschland bereit wäre, mitzuwirken, in Anbetracht der Einstellung des passiven Widerstandes eine Formel zu finden unter der Bedingung, daß der französische Kommandant aus dem Ruhrgebiet in drei Etappen durchgeführt werde. Für die Sicherung dieser etappenweisen Räumung würde Deutschland vollste Garantie übernehmen.

Bayerns Nationalsozialisten fordern den Bürgerkrieg.

München, 20. Juli. Zwischen der geschwägigen bayerischen Regierung und der offenkundigen Nebenregierung des bayerischen Verbände droht ein Konflikt auszubrechen. In Angelegenheiten des Zusammenstoßes der Polizei mit den Nationalsozialisten hat nämlich der Ministerpräsident Knilling seinen Resorminister Schweyer vollkommen gedeckt, sowie dieser seinerseits die Polizei gedeckt hat. Den bayerischen Verbänden unter dem Vorsitz des Herrn v. Kahr ist Dr. Schweyer schon längst ein Dorn im Auge und nun versuchen sie, einen Druck auf den Ministerpräsidenten auszuüben. Bisher ist ihnen ein Erfolg verweigert geblieben. Da sich aber Knilling selbst bisher vollständig auf die bayerischen Verbände gestützt hat, ist eine grundsätzliche Wachtprobe zwischen beiden wohl ausgeschlossen, viel eher ist anzunehmen, daß über kurz oder lang Minister Schweyer das Regierungschiff verlassen muß.

Das Verbot der nationalsozialistischen Agitation hat den ehemaligen Oberst v. Klander mit seinem väterlichen Rechtsbündel auf den Plan gerufen, um seinem Freunde beizustehen. In einer gestern abend abgehaltenen Versammlung wurde die Befreiung Ehrhardts gefordert und gefordert, nun müßten auch Hoffmann und Graf Arco, der Mörder Eisners, aus den Händen der republikanischen Schergen befreit (!) werden. Den Höhepunkt der Verhörung lieferte sich Klander mit seiner kräftigen Forderung nach dem Bürgerkrieg, ohne den es keine wahre Befreiung des deutschen Volkes gebe. Diese innere Meinung müsse beginnen mit der Erhebung der sozialistischen Führer, woran Sebring, des preussischen Innenministers. Dann müßten die Millionen der verzweigten sozialistischen Arbeiter von selbst ins deutschböhmische Rohwasser abtauchen.

Der Skrei nach Brot.

Breslau, 20. Juli. (Wolff.) Große Lebensmittelunruhen ereigneten sich heute nachmittags in mehreren Stadtteilen. Die Armee nahm in der Friedrich-Wilhelmstraße ihren Anfang und verbreiteten sich von dort auf mehrere Straßen der inneren Stadt. Eine Anzahl von Schuß- und Kleibergefechten wurden geführt. Die Polizei mußte schließlich von der Waffe Gebrauch machen. Die Unruhen wurden meist von jungen Burschen angezettelt (?).

1 Dollar = 284.000 Mark.

Berlin, 20. Juli. (Eigenbericht.) Die erste Wirkung des passiven Widerstandes und den Privatbanken des Reichsbank und den Privatbanken des Reichsbank und den Privatbanken des Reichsbank ist eine beträchtliche Steigerung des Kurses für ausländische Zahlungsmittel. So stieg der Dollar von 218.000 auf 284.000 Mark, englische Pfund von 1.000.000 auf 1.300.000 Mark, Schweizer Franken von 38.000 auf 50.000 Mark, die tschechische Krone von 6503 auf 8478 Mark.

Die Hünen an der Arbeit.

Berlin, 20. Juli. (Eigenbericht.) Die unhaltbaren Verhältnisse auf dem Devisenmarkt wirken

des Entwurfes der Antwort auf die deutsche Note fortzuführen. Es sind das keine Meinungsverschiedenheiten, welche diese langen Beratungen verursachten, sondern der allgemeine Wunsch der Minister, den genauen Wortlaut der vorbereiteten Dokumente auf das sorgfältigste so auszuarbeiten, daß die Antwort, so weit als nur möglich, keine Empfindlichkeit verleihe oder in einigen Kreisen ein Mißverständnis hervorrufe. Die Presse wendet gegen eine dadurch verursachte Verzögerung nichts ein.

Der Entwurf fertiggestellt!

London, 20. Juli. (Havas.) In der heutigen Sitzung des Kabinetts wurde der Entwurf der Antwort an Deutschland sowie die Begleitnote ausgearbeitet, welche den Alliierten gesandt werden wird. Beide Dokumente werden sobald als möglich zu Informationszwecken nach Paris, Brüssel, Rom, Tokio und Washington gesandt. Es ist möglich, daß diese Dokumente bereits morgen in den Händen der französischen Regierung sein werden.

außerordentlich schädlich auf den Warenmarkt ein, da jeder sich beeilt, seinen Besitz an Papiergeld in Waren oder auf andere Weise werbeständig einzulegen. Auf der anderen Seite sind die Händler mit der Abgabe von Waren in Erwartung noch höherer Preise außerordentlich zurückhaltend; so macht sich trotz der rapid steigenden Preise bei den wichtigsten Lebensmitteln eine große Knappheit bemerkbar. Die Unternehmer drohen mit der Einschränkung oder Stilllegung der Betriebe, weil sie angeblich nicht über genügend ausländische Zahlungsmittel zum Einlaufen ausländischer Rohstoffe verfügen. Dabei steht fest, daß namentlich die großen Unternehmungen in den letzten Monaten mit Rohstoffen und Devisen reichlich eingedeckt haben. Sie nehmen aber lieber die Kredite der Reichsbank weiter in Anspruch, um sich nicht von den Sachwerten trennen zu müssen.

Das linke Ruhrfer geräumt!

Berlin, 20. Juli. (Eigenbericht.) Seit langer Zeit haben die Franzosen im Ruhrreviere wieder eine Erleichterung der Lage eintreten lassen, indem sie das linke Ufer der Ruhr räumten und mehrere wichtige Ortschaften freigaben. Eine Reihe von Kohlenzechen und Hüttenbetrieben konnten infolgedessen ihre Tätigkeit wieder aufnehmen.

Ausperrung der Metallarbeiter in Schlesien.

Breslau, 20. Juli. (Wolff.) Der „Schlesischen Zeitung“ zufolge beabsichtigt der Verband der schlesischen Metallindustriellen den Streik der Arbeiterschaft mit der Aussperrung beziehungsweise der Entlassung sämtlicher Belegschaften. Nur die begonnenen Arbeiten und gewisse Notstandarbeiten werden verrichtet. Die Aussperrung erstreckt sich auch auf die Betriebe Breslau und Ratibor, die vollständig ruhen.

Ein Better Ehrhardts verhaftet.

Berlin, 20. Juli. Wie die Blätter aus Leipzig melden, ist auf Ersuchen der Leipziger Polizeibehörde in Hamburg ein Better des flüchtigen Kapitänleutnants a. D. Ehrhardt, der Kaufmann Karl Ehrhardt verhaftet worden. Er ist dringend verdächtig, bei der Flucht Ehrhardts die Hand im Spiel gehabt zu haben.

Rußland unterschreibt doch!

Lausanne, 20. Juli. Die Antwort der russischen Regierung auf die Einladung der Konferenz, das Meerengenabkommen zu unterzeichnen, ist heute eingetroffen. Die russische Regierung hält alle ihre Einwände aufrecht, erklärt sich aber bereit, das Meerengenabkommen zu unterzeichnen. Sie wird keinen Vertreter nach Lausanne entsenden, sondern das Abkommen, wie in der Einladung vorgesehen, innerhalb drei Wochen in Konstantinopel unterzeichnen lassen. Das Telegramm der russischen Regierung ist sehr lang und in einem höflichen Tone gehalten.

Die Verhaftung des Harden-Attentäters

Wien, 20. Juli. (Eigenbericht.) Heute hat die Polizei einen Bericht herausgegeben, daß der Gardenerattentäter Walter Anfermann hier verhaftet wurde. Der offizielle Polizeibericht ist aus mehrfachen Gründen sehr merkwürdig. Es heißt nämlich darin, daß vor einigen Wochen ein Mann, der sich Achim von Horst nannte, in Wien festgenommen wurde. Er wurde zur Ausweisung der entsprechenden Papiere verhalten und man behielt ihn in Haft, um mit den deutschen Behörden die Korrespondenz einzuleiten. Bevor jedoch noch eine Antwort aus Deutschland kam, gelang der Mann ein, daß er Walter Anfermann heiße. Bei der Durchsicht der Akten stellte es sich nun heraus, daß Anfermann wegen Mordverurteilung von der Berliner Polizei gesucht wurde. Anfermann gelang auch zu, daß er mit zwei anderen Personen, die sich bereits in Haft befinden, den Mordversuch an Harden begangen habe. Er sei nach der Tat nach Österreich geflüchtet. Das merkwürdigste an der Meldung der Polizeidirektion ist, daß sie erst heute ausgegeben

wurde, während die Polizei selbst zugibt, daß sie schon einige Zeit den Beweis dafür hatte, daß Anfermann mit dem Täter gegen Harden identisch sei. Noch weit merkwürdiger ist, daß die Meldung bereits gestern abends in Berlin ausgegeben wurde. Es scheint, daß die Polizei hier etwas verunsicherte wollte und zum Schluß den Ausweg wählte, die Meldung zunächst in Berlin und dann erst in Wien auszugeben.

Doch nicht der Richtige?

Wien, 20. Juli. (Eigenbericht.) 10 Uhr nachts.) Die Wiener Polizei glaubt nicht recht, daß der Verhaftete wirklich der gesuchte Attentäter Gardens, Anfermann, ist, sie hält es nicht für ausgeschlossen, daß der Verhaftete ein Landstreicher ist, der sich nur wichtig machen will oder aus irgend einem Grunde seine Abschiebung nach Deutschland hinausschieben will. Andererseits verweist die Polizei darauf, daß sie von Berlin auf die Mitteilung der Verhaftung bis jetzt noch keine Antwort bekommen hat.

Ausbreitung des Streiks in Polen.

Warschau, 20. Juli. (Sch. P.-B.) Die Streikwelle geht nunmehr fast durch alle Industriezentren Polens. Die Textilfabriken ruhen im ganzen Reich. Der Streik in der Lodzer Industrie hat sehr scharfe Formen angenommen und die Situation ist äußerst kritisch. Gestern abends kam es neuerlich zu scharfen Zusammenstößen zwischen den Streikenden und der Polizei, wobei Ausführende gegen die Polizei feuerten. Ein Streikender wurde getötet und einer verwundet. Die Polizei verhaftete über 50 Personen. Gestern sind in der Stadt zwei Schwadronen Kavallerie zur Aufrechterhaltung der Ordnung eingetroffen. — Der Streik in der Textilindustrie im Bieltzer Kreise dauert an und es besteht keine Hoffnung auf Liquidierung desselben in der nächsten Zeit. — Der in Warschau ausgebrochene Metallarbeiterstreik breitete sich heute auch auf die bei Warschau befindlichen großen metallurgischen Unternehmungen aus. — Handelsminister Rudarski erklärte den Journalisten gegenüber, daß die Haltung der Textilindustriellen in Lodz und Bieltz u. a. bezweckt, die Regierung zur Aufhebung der Devisenbeschränkungen zu zwingen. Selbstverständlich lasse sich die Regierung nicht terrorisieren und werde konsequent vorgehen.

Warschau, 20. Juli. Der Streik in der Textil-, Metall- und Bauindustrie dauert gegenwärtig in folgenden Industriezentren an: Warschau, Lodz, Byrdow, Malisz, Babjanice, Tomaszow, Gostochau und Bieltz-Biala. Wie die Blätter melden, versuchen die Kommunisten, die Streikleitung an sich zu reißen. Ingeheim streifen in der Textilindustrie circa 100.000, in der Metallindustrie etwa 15.000 Arbeiter. In Lodz haben die bisherigen Verhandlungen heute insofern ein günstiges Resultat erzielt, als die Industriellen sich bereit erklärten, die jeweiligen Lohnzulagen, welche von der statistischen Hauptkommission festgesetzt werden, an die Arbeiter anstandslos in der Zukunft auszusahlen. Es besteht daher die Hoffnung, daß der Streik in Lodz der Industrie in Kürze liquidiert werden wird. Andererseits melden jedoch die Lodzer Blätter, daß im Falle eines Abbruchs der Verhandlungen seitens der Industriellen Montag, den 23. Juli, in Lodz ein Generalstreik proklamiert werden wird. Im Metallarbeiterstreik haben heute die Vertreter der Arbeitgebervereinigungen erklärt, daß sie bereit wären, den Streik zu liquidieren, wenn die Industriellen vorher konkrete Zugeständnisse machen.

Marin begnadigt.

Paris, 20. Juli. Der Schiffsleutnant André Marty, der Führer des Auftrages der Schwarzen Meer-Flotte, ist anlässlich des Nationalfeiertages begnadigt worden. Er wird aber nicht mehr in sein früheres Amt eingesetzt werden.

Mißhandlung ungarischer Bergarbeiter durch Horthygendarmen.

Wie bekannt, hat vor einigen Tagen die ungarische Regierung das Budapest sozialdemokratische Blatt verboten, worauf die Zeitungseher die Arbeit in den bürgerlichen Zeitungen einstellten. Der mannhafte Protest der Zeitungseher griff auf eine ganze Anzahl von Betrieben über und auch die Bergarbeiter im Revier von Salgo-Tarjan stellten die Arbeit ein. Der Konflikt zwischen der Arbeiterschaft und der Regierung wurde bekanntlich dann beigelegt und das sozialdemokratische Blatt konnte wieder erscheinen. Zu den Bergarbeitern wurde ein Gewerkschaftsbeamter geschickt, um sie von der Beilegung des Streiks zu verständigen. Was dann geschah, erzählt die Wiener „Abendzeitung“:

Nachdem die Bergarbeiter die Arbeit wieder aufgenommen hatten, besuchte der betreffende Gewerkschaftsbeamte eine Ortsgruppe in Boghas. Während er sich dort mit den Funktionären unterhielt, erschien eine Gendarmenpatrouille in dem Lokal und verhaftete unter unglücklichen Beschimpfungen alle Anwesenden und transportierte sie nach Salgo-Tarjan. Sie wurden dort einem Horthy vorgeschickt, der den Auftrag gab, man möge die „Budapester Juden und Händelänger“ lächig „abjustieren“. Darauf stürzten sich drei Gendarmen auf sie und schlugen sie mit Händen, Stöcken, Gewehrkolben. Als der erste Mann zu Boden stürzte, wurde er bei seinen Haaren gefaßt

und so hinaufgezogen. Wie lange die „Abjustierung“ dauerte, kann er nicht sagen, denn er fiel in Ohnmacht; und als er erwachte, fand er an ein Bett angelehnt und der Horthy säumte ihn, um die früheren Spuren der Mißhandlung verschwinden zu lassen. Inzwischen wurde der Vorsitzende der Ortsgruppe, der Bergarbeiter Johann Drabecz, in das Zimmer geführt. Der Horthy fragte ihn nach seinem Namen und als er ihn nannte, verlegte ihm der Horthy zwei Ohrfeigen. Dies war aber nur das Signal, nun stürzten sich die vier Gendarmen auf ihn, mißhandelten auch ihn; dann warf man ihn zu Boden, befahl ihm, er möge seine Schuhe ausziehen; der eine Gendarm nahm seine beiden Beine zwischen die seinen und schlug mit einem Stock so lange seine Sohlen, bis der Stock zerbrach; dann wurde ein neuer Stock geholt, und die „Abjustierung“ fortgesetzt; mittlerweile ermüdete der eine Gendarm, er wurde von einem anderen abgelöst. Drabecz schrie und brüllte, ein Gendarm verstopfte ihm den Mund und diese christlich-nationale Sonntagsandacht wurde so lange fortgesetzt, bis er wieder in Ohnmacht fiel. Als er erwachte, wurde ihm befohlen, seine Fuchslappen zu fressen; da er sich weigerte, dies zu tun, gab der Horthy den Befehl, mit den Schlägen wieder zu beginnen. Schließlich wurde er an Händen und Füßen gefesselt und unter das Bett gestochen. Die von ihrem anstrengenden Dienst ermüdeten Gendarmen legten sich auf das Bett. Als sie sich ausgeruht hatten, zerrten sie ihn vor und führten ihn in das aufstehende Zimmer, stellten ihn mit dem Gesicht an die Wand und befohlen ihm, nicht zu sprechen. Ihm folgten dann Anton Berrandi, der Kapitän der Ortsgruppe, Johann Kovacs, der Invalide Johann Jele. Die ganze königlich ungarische Amtshandlung dauerte von halb 11 Uhr vormittags bis halb 2 Uhr nachmittags. Dann wurde verfügt, daß sie in das Gefängnis des Strafrichteramtes überführt werden. Der Gefängniswärter verweigerte aber die Uebernahme des Bertrand mit der Begründung, er solle, wenn er sterben sollte, lieber bei den Gendarmen sterben, die ihn geschlagen haben, er könne und wolle die Verantwortung dafür nicht tragen. Zwei Tage lang wurden die mißhandelten Bergarbeiter von einem Gefängnis in das andere, von einer Behörde zur anderen hin und her geschoben, bis sie endlich auf die Intervention des Ministers des Innern auf freien Fuß gesetzt worden sind. Beyer erzählte diese Vorgänge und fügte daran die Drohung, daß, wenn bis Montag der Gendarmenposten und der Horthy nicht abgerufen werden, die ganze Bergarbeiterchaft Ungarns in den Streik treten werde.

Interessant ist, daß die Salgo-Tarjaner Kohlenbergwerke der allgemeinen Kreditbank gehören, die völlig unter jüdischer Leitung steht und daß also das christliche Ungarn im Interesse der Budapest Börsenjuden die Bergarbeiter mißhandelt. Der Abgeordnete Ulani erzählte unlangst in einer öffentlichen Versammlung in Esegled, daß dieselbe Allgem. Kreditbank aus den Aktien zweier Schwestergesellschaften, der „Interrexim“ und der „Ungarischen Fluß- und Seefahrtsgesellschaft“, Aktien im Werte von dreihundert Millionen (ungarischer) Kronen unter den Mitgliedern der Nationalversammlung in rekommandierten Briefen den Abgeordneten und hohen Beamten geschickt und es fandert sich nur wenige, die das Geschenk an den Absender zurückgeschickt haben.

So zeigt es sich, daß der sogenannte christliche Kurs nichts anderes darstellt, als die brutalste kapitalistische Reaktion.

Bolschewistische Todesurteile gegen Revolutionäre. Die Delegation der Linken Sozialrevolutionäre teilt mit: Vom 11. bis zum 18. Dezember 1922 wurde beim Petersburger Revolutionstribunal gegen eine Gruppe von Linken Sozialrevolutionären und Anarchisten verhandelt. Iwan Berekuew, Maria Grudowa, David Zapper, Anna Sokolowa, Peter Thomson, Jean Tiel, Konstantin Mitin, Alexander Ignatjew und Jagoz Nikolajew wurden zum Tode verurteilt, alle übrigen zu verschiedenen gestrichelter Gefängnisstrafe. Am 25. Juni d. J. gelangte dieses Urteil zur Verhandlung vor der Kassationsabteilung des Kriminalgerichtes. „Mangels erforderlicher Kassationsgründe“ wurde die Klage abgewiesen. Somit ist das Todesurteil bestätigt, doch liegen noch keine Nachrichten darüber vor, ob es vollstreckt wurde. Am 6. d. wurde der Maximalist Wassili Baturin zum Tode verurteilt. Baturin hat sich in hervorragender Weise an der Freischärlerbewegung gegen die Weichen und gegen die Japaner beteiligt. Er war Vorsitzender des Sowjets der Gewerkschaftsverbände im fernen Osten, der illegal wegen der Verfolgung Kollschanos arbeitete. — Hier trifft die Schärfe des bolschewistischen Rachegefühls gewiß weder Bourgeois noch Konterrevolutionäre; die Linken Sozialrevolutionäre, die da vom „Revolutionstribunal“ zum Tode verurteilt wurden, gehören jener Gruppe revolutionärer Sozialisten an, die der Wiener Internationale angeschlossen waren, es aber abgelehnt hatten, ihren Anschluß in Hamburg an die Partien der Zweiten Internationale zu vollziehen, weil sie ihnen zu „reformistisch“, also „zu wenig revolutionär“ erschienen. Aber sie sind nicht bolschewistisch und daher, nach den Auffassungen der Kommunisten, vogelfrei und des Todes würdig. So demonstrieren diese grausamen Bluturteile auch eindringlich den Zustand der proletarischen Freiheit, den die Kommunisten geschaffen haben.

Zur Räumung Konstantinopels. General Darrington und der türkische Stationskommandant haben einen Plan zur Räumung Konstantinopels seitens der alliierten Truppen und Schiffe ausgearbeitet.

Tages-Neuigkeiten.

(Nachdruck verboten!)

Die Fliegen.

Von Pan.

Wenn der Sommer kommt, kommen auch die Fliegen. An heißen Frühlingstagen bemerkt du kaum eine und wenn du sie bemerkst, ist's ein kleiner, schwarzer, rubiger Fleck an der Wand oder in irgend einer Fensterrinne. Sobald aber das große Feuer der Sonne wärmend aufsteht, sind auch die Fliegen da. Woher sie so plötzlich kommen, du weißt es nicht. Es ist, als ob sie aus dem Nichts geboren würden, gezeugt von Luft und Sonne. Frech, unverschämmt, umschwirren sie dich, setzen sich auf deine Hand, dein Haar, auf die äußerste Spitze deiner Nase, ruhen sich ruhig den Rüssel und kummern sich um den Teufel um deine Proteste. Da kannst keinen Bissen zu: Munde führen, ohne daß sie sich bei dir zu Gatt: laden. Scheuche sie von der einen Seite des Tellers fort, so setzen sie sich an die andere und tauschen wohlgeruh ihren Rüssel in deine Suppe. Sie fressen von deinem Fleisch, deinem Brot, deinem Gemüse mit und überlassen es dir, dich zu erkräften, soviel du magst. Sie lecken von deinem Kaffee, deiner Milch, deiner Butter und deinem Zucker und berauschen sich an deinem Bier. Es ist eine ganz unverständliche Rücksicht von ihnen, daß sie nicht auch deine Zigarre rauchen. Sinegen ist ihnen jeder frische Windzug tief verhasst und wenn du Tür und Fenster öffnest, surren sie erst einige Male drohend um dein Haupt, ehe sie sich empfehlen und ein gemüthlicheres Heim aufsuchen. Auch die Keiligkeit lieben sie nicht. Weiße Gardinen, blaue Fensterscheiben, Briefbogen und saubere Taveln sind ihnen ein Grauel und erwecken in ihnen das unbezähmbare Verlangen, ihre Spur darauf zurückzulassen — eine Schmutzspur, ähnlich manchen menschlichen Verbrechen. — Man hat schon die verschiedensten Methoden erfunden, um das Ungeziefer zu fangen oder zu töten. Das älteste Mittel dürfte die Fliegenklatsche sein, die den Zweck verfolgt, aus einem kleinen Schmutzstück einen großen zu machen. Vielfach sind auch Fallen aus Draht oder Glas beliebt, auf denen die Fliegen sich geru niederlassen, um sich eine Beile von ihren Raubzügen auszuruhen. Das Innere interessiert sie nicht. Mancher verspricht sich Erfolg von in Milch getauchtem Giftpapier mit der Aufschrift „Fliegenrot“. Da die Fliegen aber in der Regel Analphabeten sind, kümmern sie sich nicht um die Aufschrift, sondern lecken die Milch und lassen das Papier liegen. Ein gefährliches und verhältnismäßig grausames Mittel ist der Fliegenleim, dessen Gefährlichkeit inbessert häufig durch seine Unschädlichkeit gemindert wird: entweder er klebt, und dann meiden ihn die Fliegen, oder sie lecken daran, und dann klebt er nicht. Etwas zeitraubend, aber sonst probat ist die Methode, aus der Handfläche einen Fanglöffel zu machen und damit an den Wänden entlang zu fahren. Zuweilen fängt man eine, meistens nicht. Wer aber eine hat, der tut gut, sie festzuhalten, da sie freiwillig nur ungern bleiben. Im übrigen ist es ein lohnendes Vergnügen, diese Insekten zu sammeln, da tote Fliegen jetzt als Fühnerfutter sehr geschätzt sind. Ein gut beschlagener Statistiker hat nämlich ausgerechnet, daß, wenn alle oder annähernd alle Fliegen gefangen würden, jeder an jedem Sonntag sein Huhn im Topfe haben könnte, wenn eben das Volk sich nur etwas intensiver angewandten Wissenschaft erproben wollte. Leider entriestet es sich, anstatt Fliegen zu fangen, lieber über die Wucherer, trotzdem dies zweifellos eine noch zwecklichere Bestimmung ist.

Diese fressen zwar auch aus all unseren Tellern mit und lassen eine Schmutzspur auf diese Zeit zurück, doch in die Falle gehen sie nicht, und der Leim, an dem sie kleben bleiben, ist noch nicht erfunden. Die Anwendung der Klatsche aber ist leider verboten.

Frankl beim Papsi. Die „Prager Abendzeitung“, die von den Prager deutschen Spielern ohne Unterschied der Konfession täglich als Vorisch zum Nachtmahl behaglich verpeist wird, brachte gestern folgende aufsehenerregende Meldung:

Die Prager „Urania“ beim Papsi. Aus Rom wird uns telegraphiert: Die gesamte von Hofrat Weinhuber und Professor Frankl geführte „Urania“-Gesellschaft wurde vom Papsi in Audienz empfangen. Nach Einführung durch Hofrat Weinhuber hielt der Papsi eine ungefähr 10 Minuten dauernde deutsche Ansprache, die mit den Worten schloß: „Ich kenne Ihre schöne Stadt und Ihr schönes Land. Ueberbringen Sie allen meine Grüße und meinen apostolischen Segen.“

Wie wir vernehmen, soll die ganze Prager Kommagemeinde ob dieser erfreulichen Nachricht in Verzückung geraten sein. Brüderlich teilen sich die Juden, die Mitglieder des Volksbildungsbundes eines „Urania“ sind, mit ihren unbeschuldeten Kollegen in dem apostolischen Segen. Die Freude aber, die Herr Professor Frankl empfindet, als er dem Führer der Christenheit gegenübersteht und von ihm gesegnet wird, ist schlechterdings unvorstellbar. Flugs lief er mit seinem Freund Hofrat Weinhuber (oder Weinhuber zum Telegraphenamt, um dem Herrn Kohn und der Frau Wöhy in Prag sofort die Grüße des Heiligen Vaters zu übermitteln. Wir werden uns mit aller Energie dafür einsetzen, daß seine Heiligkeit zum Ehrenmitglied der Prager „Urania“ ernannt wird — denn für die Volksbildung muß unbedingt mehr als bisher getan werden.

Ein Grubenhund, der als Embryo starb. Die Reichsberger Kommunisten haben ein paar unangenehme Tage hinter sich. Es ist für eine proletarische Partei nicht sonderlich angenehm, wenn einer ihrer Führer die gerichtliche Bestätigung erhält, daß er ein Obergauler ist (siehe Danke) und ein kommunistischer Kreisleiter mit dem ehrenden und bleibenden Beinamen eines Soldatenschinders ist auch nicht gerade darnach angetan, die gesunkene Reputation der Reichsberger Moskowiten und das Vertrauen der von ihnen Geführten und Genasführten zu heben. Darin dürfte selbst Herr Feuer mit uns einer Meinung sein. Und so fanden denn die Blamierten und Kompromittierten aus der Reichsberger Karlsgasse nach einem vernichtenden Gegenschlage gegen uns. Zwei heiße Wochen emsigen Gräbelns blieben vergeblich da kam ihnen endlich vorgestern ein erhabener Einfall: Donnerstag, spät abends, wurde unsere Redaktion telephonisch angerufen. Es meldete sich: „Freigeist“, Reichsberger. Der Anrufer „meldete“ uns, daß Feuer, der Soldatenschinder, den Genossen Macoun einen „Clown“ genannt hätte, ebendeshalb dem Genossen Macoun zwei Offiziere als Vertreter in die Wohnung gesandt hätte, die Beuers „Forderung“ an Macoun auf ein Pistolenduell überbracht hätten. — Wären wir nur halb so dumm, als der Anrufer und seine Hintermänner geschick sein wollen, so würde sich der „Vorwärts“ gestern eines Grubenhundes im „Sozialdemokrat“ erfreut haben. So aber ist's mit der erhofften Freude der Reichsberger Effig. Wer der Clown war, der sich in dieser für das Proletariat so furchtbar schweren Zeit diesen geistreichen Scherz leisten wollte, wissen wir nicht. Feuer selber war es kaum, denn er ist doch „kein Clown“. Daß die Idee aber kommunistischem Eiste entsprang, ist kaum zu bezweifeln. Daß diese Saat schlecht aufging, wird nach allen bisherigen Erfolgen der Kommunisten niemanden verwundern.

Kapitalistische Brutalität. Vorige Woche wurde, wie wir gemeldet haben, auf die Werksanlage der Gruben in Grünbach am Semmering ein Dynamitattentat verübt. Die Untersuchung hat noch zu keinem Ergebnis geführt, sie läßt aber bereits heute den Schluß zu, daß es sich nicht um ein ernstes Attentat handelt, sondern daß dieses Attentat von der Direktion bestellt wurde. Die Direktion hatte vor einigen Wochen 300 Arbeiter entlassen, hatte sie aber in den Werkwohnungen belassen müssen. Sie wollte sie aus den Wohnungen herausbringen, doch gelang ihr das nicht. Nach dem Attentat nun hat die Direktion ohne vorherige Verständigung der Behörden einige Gendarmen kommen lassen und die Arbeiter aus den Werkwohnungen hinausgeworfen. Die Gewerkschaftsorganisation der Bergarbeiter hat sich deshalb an die Landesregierung gewendet, die die Einleitung einer strengen Untersuchung versprochen und veranlaßt, daß die Arbeiter wieder in die Wohnungen zurück dürfen.

Wie Jaurès geehrt werden soll. Aus Paris wird gemeldet: Die Liga für Menschenrechte hat an den Ministerpräsidenten Poincaré eine Resolution gerichtet, in der die Ueberführung der sterblichen Ueberreste Jaurès ins Pantheon gefordert wird.

Giftmord. Die Arbeiterin Emilie Petrasel aus Borova bei Polička erkrankte am 8. Juli unter Vergiftungserscheinungen und starb nach einigen Tagen im Krankenhaus in Polička. Die Gendarmen forschte nach der Vergiftungsursache und stellte fest, daß der Gatte der Petrasel, Franz, mit seiner Frau in Unfrieden gelebt hatte. Am 8. Juli fuhr sam es zwischen den Gatten zu einem Streit, weil Petrasel seine erwachsene Tochter Joliska auf einer Reise nach Währen begleiten wollte. Beide, Mutter und Tochter, lehnten sich dagegen auf. Als nun beide Frauen nach dem Streite in das Nebenzimmer gingen, bereitete Petrasel den Frühstückskaffee vor und goß den Kaffee in die vorbereiteten Tassen ein. Beim Frühstück merkten beide Frauen, daß der Kaffee einen sonderbaren Geschmack habe und daß an der Oberfläche eigenartige Fettsäuren schwammen. Darum trank die Tochter nur wenig, während die Mutter alles austrank. Nach dem Frühstück fuhr die Tochter weg, die Mutter ging aufs Feld und Petrasel ging auch fort, unbekannt wohin. Nach kurzer Zeit wurde Frau Petrasel auf dem Felde von Magenkrämpfen und einem Erstickungsanfall befallen. Im Krankenhaus in Polička wurde festgestellt, daß sie vergiftet wurde. Auch die Tochter wurde auf dem Wege von Sämergen befallen und hatte gleichzeitig mit der Mutter den Verdacht, daß sie mit dem Kaffee vergiftet worden wären, welchen Petrasel zubereitet hatte. Der Verdacht verdichtete sich zur Sicherheit, als festgestellt wurde, daß von dem Kaffee, welchen die Tochter nicht austrank und auf den Hof schüttete, eine Kage, die Ziege und einige Hühner vergiftet worden waren. Petrasel wurde noch am selben Tage verhaftet. Er leugnet die Tat. Der Verdacht wird aber noch durch verstärkt, daß er mit seiner Tochter ein Verhältnis hatte und durch die Begräbnung der Mutter sich freie Bahn schaffen wollte. Der Verhaftete wurde dem Bezirksgericht in Polička eingeliefert. — Soweit der Polizeibericht, der insofern einen Widerspruch enthält, als der Vater seine Tochter, mit der er ein Verhältnis gehabt haben soll, aus dem Wege räumen wollte.

Die Ermordung Worowsky in Lausanne. „Tribune de Geneve“ veröffentlicht eine eingehende Mitteilung über die Vorgeschichte der Ermordung des russischen Bevollmächtigten in Lausanne Worowsky, und zwar auf Grund des

zunehmender dem Verteidiger zugegangenen Altematerials des Untersuchungsrichters. Darnach hat Conrad die Tat gemeinsam mit dem Sekretär des alten russischen Roten Kreuzes in Genf Polinin bereits lange vorbereitet und sich schon am 18. April d. J. nach Berlin begeben, um dort Tschitscherin, Krassin und Admiral Behrens zu ermorden. Er traf sie dort nicht an, schrie darum nach der Schweiz zurück und beschloß nun auf Vorschlag Polinin, Worowsky zu töten. Polinin begab sich selbst von Genf nach Lausanne, um das Terrain zu sondieren. Conrad schloß die Kugel, um den Tod sicherer herbeizuführen. Polinin erklärte vor dem Untersuchungsrichter, daß er regelrecht als Journalist bei der Lausanner Konferenz beauftragt gewesen sei und infolge dessen im Cerele de la Presse verkehrt habe. Als Grund dafür, weshalb er Conrad gerade die Ermordung Worowsky empfahl, gab er an, er habe deshalb Worowsky bezeichnet, weil er ihn besonders befähigt hielt, die Interessen der Sowjets in Lausanne zu vertreten und von der Konferenz ihre Zulassung zu erlangen. Polinin erklärte weiter, daß, falls Conrad mit seinem Vorhaben gescheitert wäre, er selbst die Tat begangen hätte. „Tribune de Geneve“, der die Verantwortung für die Mitteilung überlassen werden muß, schreibt dazu: Beim Lesen des umfangreichen Altematerials erhält man den deutlichen Eindruck, daß andere noch unbekannt Personen ebenso der Ermordung nicht fernstehen. Die Gerichtsverhandlungen werden noch Ueberforschungen bringen, denn man hat es mit einem wahren Komplott zu tun. Der Prozeß wird wahrscheinlich Anfangs September in Lausanne beginnen.

Neue Rationierungsvorschriften gegen Schmuggler in Sachsen. Da sich bei dem bisherigen Verfahren für die Abnahme von Sicherheitsleistungen von Ausländern, die bei Paßvergehen oder bei dem Unternehmen verbotswidriger Ausfuhr betroffen werden, Uebelstände herausgestellt haben, hat das sächsische Ministerium des Innern folgende neue Bestimmungen erlassen: In allen Fällen von Sicherheitsleistungen ist der Ausländer zu veranlassen, eine schriftliche Erklärung abzugeben. Sicherheiten sind grundsätzlich nur in deutschem Gelde anzunehmen. In ausländischer Währung sind Sicherheiten nur ausnahmsweise anzunehmen, und zwar dann, wenn der Beschuldigte nur ausländisches Geld bei sich führt und keine Gelegenheit hat, selbst das Geld noch umzuwechseln. In diesem Falle ist die Annahme ausländischen Geldes davon abhängig zu machen, daß sich der Beschuldigte ausdrücklich damit einverstanden erklärt, daß der Betrag jederzeit in deutsches Geld umgesetzt werden darf, das zu tun, ist die Sicherheitsleistung abzuschließen und der Beschuldigte dem Amtsgerichte zuzuführen. Das abgenommene ausländische Geld ist nicht umzuwechseln an die zuständige Justizbehörde abzuführen.

Anhaltung dreier Schmugglerautomobile. Zollbeamte hielten — so meldet Havas — bei Düsseldorf zwei Automobile an, welche auf Schleichwegen über die Grenze gelangen wollten. Der Chauffeur des einen Automobils, welcher trotz der Aufforderung, anzuhalten, entkommen wollte, ist erschossen worden.

Zusiffkatastrophe in Amerika. Nach einer Meldung aus New York ist das Riesenzusiff, dessen Flugversuche in der letzten Zeit großes Aufsehen erregt haben, aus einer Höhe von 130 Metern abgestürzt. An Bord des Zusiffschiffes befanden sich 32 Personen, von denen drei schwer verletzt wurden. Das Riesenzusiff, dessen Baukosten dreieinhalb Millionen Dollar betragen, wurde ein Opfer der Flammen.

Die erste Frau im türkischen Parlament. Die Frauenbewegung hat kürzlich in der Türkei einen Erfolg errungen, den man in einem Lande, in dem noch vor kurzem das unverschleierte Erscheinen der Frau außerhalb des Harems eine Todesünde darstellte, am allerwenigsten hätte erwarten können. Ist doch soeben Latife Hanım, die Gattin Mustaphas Kemal Paschas, von dem Wahlbezirk Konia in die Nationalversammlung entsandt worden. Es ist nicht zu zweifeln, daß durch diese Wahl die Stellung der türkischen Frau im Hause wie im öffentlichen Leben eine wesentliche Kräftigung erfahren dürfte. Latife Hanım hat dem Wahlausschuß in Konia ein Telegramm gegeben lassen, in dem sie mit ihrem herzlichsten Dank für die ihr gewordene Auszeichnung das Versprechen verbindet, nach Maggabe ihrer Kräfte für den sozialen Fortschritt und die Freiheit der Frau einzutreten.

Die Erfolge der Chirurgie in England. Bei dem von der Regierung den Mitgliedern des Kongresses der internationalen chirurgischen Gesellschaft gegebenen Diner hielt der Minister für Gesundheitswesen Neville Chamberlain eine Rede, in welcher er erklärte, der größte Fortschritt in der Chirurgie sei in den letzten Jahren, vor allem durch das Verdienst der gegenseitigen Bekanntgabe der Operationsergebnisse und der auch auf dem Gebiete der übrigen Wissenschaften gemachten Fortschritte erzielt worden. Der Redner fuhr fort: „In unserem Lande ist es gelungen, während der letzten 20 Jahre die Sterblichkeit von 17 pro Mille auf weniger als 13 pro Mille herabzusetzen. Das menschliche Leben wurde in diesem Zeitabschnitte durchschnittlich um zehn Jahre verlängert und die Kindersterblichkeit, welche früher bei tausend Geburten 133 betrug, auf 70 von tausend Geburten herabgesetzt.“

England zahlte bisher 478 Millionen Pfund an Invaliden. Der englische Minister für Pensionen Major Trehon erklärte, die Auszahlung der Invalidenpensionen habe Ende Juni ap-

proximatis 570.000 Pfund Sterling betragen. Dabon entfallen 160.000 Pfund auf lebenslängliche Pensionen. Die Gesamtauslagen seines Departements beziffern sich seit Begründung desselben im Jahre 1917 bis zum 30. Juni d. J. auf ungefähr 478 Millionen Pfund Sterling.

Entsetzliche Mord eines Neunjährigen. Dieser Tage stritt der neunjährige Fiesohn eines Bauern in Schäffern in Steiermark mit dem dreijährigen Sohn der Magd des Bauern. Da nahm der Neunjährige einen Revolver aus einem Bett, in dem die Waffe unter dem Strohhack „verwahrt“ war, und schoß dem Dreijährigen ins rechte Auge. Das Projektil durchschlug das Hinterhaupt, so daß das Kind nach einigen Minuten starb.

Das norwegische Generalkonsulat in Prag verlaubart, daß sich seine Büros in Prag-Zmitchov, Křizová cesta, im Gebäude der Stodawerke (Telefon Nr. 7200—7205) befinden. Amtsstunden an Wochentagen von 7 Uhr 30 bis 12 Uhr 30 und von 2 Uhr 30 bis 5 Uhr 30. Am Samstag nur Vormittag. Das Generalkonsulat ist bisher zur Ausgabe von Paßbüchern nicht berechtigt, weshalb man sich wegen eines Visums an die norwegische Gesandtschaft in Berlin, No. 40, Alservoße 2, wenden muß, wobei drei Photographien beizulegen sind.

England—Australien im Flugzeug. Dem „Daily Telegraph“ zufolge hat der englische Unterausschuß für Reichsverteidigung die von Burney ausgearbeiteten Pläne für die Reichsluftschiffahrt so weit ausgearbeitet, daß die Regierung zweifellos imstande sein wird, im Parlamente noch vor Beendigung der jetzigen Session eine Erklärung abzugeben. Das hauptsächlichste Detail dieser Pläne ist die Errichtung eines Luftdienstes nach Australien über Aegypten und Indien. Das Projekt wird allerdings nur allmählich durchgeführt werden können.

Der diesjährige Karlsbader internationale ärztliche Fortbildungskurs findet in der Zeit vom 2. bis 15. September statt. Bis jetzt haben 26 Universitätsprofessoren mit Wohnorten aus Deutschland, Oesterreich, der Schweiz, Skandinavien, Bulgarien und der Tschechoslowakei Vorträge aus fast allen Gebieten der Medizin angemeldet. Geschäftsführer der ärztlichen Fortbildungskurs: ist Dr. Edgar Ganz in Karlsbad.

Die Versorgung Prag mit Rohwasser. Noch im heurigen Jahre wird nach einer Meldung der „Prager Presse“ mit dem Bau der städtischen Filtrieranlage in Prag-Bodol begonnen werden, die für Prag täglich 30.000 Kubikmeter Rohwasser liefern soll, das in der Industrie und beim Sprengen der Gassen und Anlagen Verwendung finden wird. Das Wasser wird von der Filtrieranlage direkt aus der Moldau geschöpft werden und durch zwei Filter gehen, worauf es Pumpmaschinen in die Wasserbehälter fördern werden. Gleichzeitig mit der Filtrieranlage in Prag-Bodol wird der Bau einiger Wasserreservoirs in Prag in Angriff genommen werden. Das größte dieser Reservoirs wird auf der „Flora“ aufgestellt werden und 35.000 Kubikmeter Rohwasser fassen. Auch in Strahov wird ein Reservoir errichtet werden. Die Baukosten der Filtrieranlage mit den dazugehörigen Wasserreservoirs in Strahov und auf der „Flora“ werden rund 50 Millionen Kronen betragen und aus der englischen Anleihe der Stadt Prag gedeckt werden. Die Gesamtsumme von 106 Millionen Kronen, die von der englischen Anleihe für Zwecke der Wasserversorgung gewidmet wurde, dürfte den größten Teil der Kosten der projektierten Bauten für die Wasserversorgung von Groß-Prag decken.

Der eierbrütende Bauer. Ein dänisches Blatt darf das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, in dieser Zeit, in der die „Enten“ in den Spalten der Zeitungen häufiger als sonst anzutreffen sind, ein besonders schönes Exemplar der Gattung aufzulegen zu lassen. Danach hatte ein dänischer Bauer von der Polizei eine Vorladung erhalten, um sich gegen die Anklage eines Hühnerdiebstahls zu verantworten. Der Bauer konnte aber der Aufforderung nicht nachkommen, weil er damit beschäftigt war, einige Eier auszubrüten, und weil er das Gelege nicht verlassen konnte, ehe seine Frau vom Markt zurückgekehrt sei und seinen Posten einnehmen könne. Der Polizeinspektor glaubte, als ihm der sein Ausbleiben entschuldigende Bescheid überbracht wurde, nicht anders, als daß der Bauer unter dem Einfluß der Hitze seinen Verstand verloren habe und entsandte deshalb einen Polizisten mit dem Auftrag, den Mann auf das Polizeibureau zu bringen. Der Polizist glaubte seinen Augen nicht zu trauen, als er beim Betreten des Zimmers den Bauern im Bett auf einem Gelege von Enteneiern fand, das sorgsam mit Stroh und Stoffen bedeckt war. Zwei Eier waren bereits, wie das dänische Blatt allen Enten erzählt, durchstochen, und die ausgestochenen kleinen Entchen watschelten vergnügt auf dem Bett herum. Unterdessen war die Frau vom Markt zurückgekehrt und hatte sofort, nachdem sie erfuhr, daß ihr Mann zur Polizei gehen müsse, seine Stelle als Brüheneinnehmer. Wie das Blatt versichert, sind mittlerweile alle Eier ausgebrütet und die kleinen Enten wie ihre Adoptiveltern erfreuen sich des besten Wohlstandes.

Das Geständnis der Eichwalder Mörder. Wie wir bereits gemeldet haben, legten die in Oera verhafteten Eichwalder Mörder Hermann und Wilhelm Teichmann das Geständnis ab, daß sie den Eichwalder Wirt Bradatsch ermordet haben. Das Protokoll des Geständnisses befindet sich bereits in der Hand der Tepliger Gendarmen und es ist daraus ersichtlich, daß die beiden Täter in das Gasthaus Bradatsch in Eichwald mit der Waffschiff eingeleitet sind, die Jede nicht zu bezahlen und dann zu flüchten. Als sie vom Wirt an der Flucht gehindert wurden, schoß Hermann Teichmann gegen den Gastwirt. Wilhelm Teichmann hat auf den Gastwirt selbst nicht geschossen, sondern nur auf die Umgebung. Die Teichmanns flüchteten bei Gelsing über die Grenze nach Sachsen und verbrachten die erste Nacht

im Walde, wobei sie abwechselnd Wache hielten, da sie mit Recht ihre Verfolgung fürchteten. Nach ihrer Verhaftung wurden ihnen die noch in ihrem Besitz befindlichen Waffen abgenommen. Durch das umfassende Geständnis der Täter ist der Mord an Pradach reflexlos aufgeklärt.

Von einem Bienenschwarm lebensgefährlich verletzt. In Zauerbrunn im Burgenlande luden dieser Tage der Kaufmann Frischmann und sein Sohn einen von Bienenschwärmen eine Holzfabrik auf. Dabei überfiel ein wildgewordener Bienenschwarm Menschen und Pferde, so daß eines der Pferde nach kurzer Zeit verendete. Die beiden Frischmann erhielten zahlreiche Stiche; der Kaufmann Frischmann befindet sich derzeit noch in Lebensgefahr.

Ein Attentat auf die Angestellten. Der Referententwurf des neuen Angestelltengesetzes.

Vom Justizministerium wird ein neues Angestelltengesetz vorbereitet. Von der Entstehung dieses Gesetzes wird behauptet, daß daran vier Ministerien, also neben dem Justizministerium das Ministerium für soziale Fürsorge, das Handelsministerium und das Ministerium für nationale Verteidigung gearbeitet haben, um die Entlohnung gründlich zu besorgen. Diese Entlohnung ist auch zur Gänze gelungen. Der das alte österreichische Handelsgesetz kennt, der weiß, daß es der Stolz der freigewerkschaftlichen Angestelltenbewegung war, unter den schwersten Kämpfen dieses Gesetzes erreicht zu haben und es sei zur Ehre der damaligen Gesetzgeber gesagt, daß es den Vorkriegsverhältnissen in jeder Art und Weise gerecht wurde und daß der Angestellte in Industrie, Handel und Verkehr durch dieses Gesetz in seinem Lebenskampf wirklich geschützt war.

Von der neuen Vorlage kann man direkt das Gegenteil behaupten. Man merkt das Gewand zwischen den einzelnen Ministerien, man spürt überall die Vorsicht, ja nur keine Stelle so zu stellen, daß die Unternehmer daran Anstoß finden können und selbst die besten Stellen des alten Gesetzes wurden derartig verschlechtert, daß von dem guten alten Handelsgesetz nichts mehr übrig bleibt als ein reaktionäres fachechloswartisches Gesetz.

Das Gesetz führt den Titel „Ueber die Angestellten in höheren Privatdiensten“. Man muß erst lange nachdenken, was denn eigentlich ein Angestellter in „höheren Privatdiensten“ ist. Es ist die alte Geschichte. Man gibt den Angestellten halt eines guten Lohnes ein schlechtes „Salat“. Und der Angestellte fühlt sich geschmeichelt. Die Zeiten sind vorüber, wo die Angestellten auf derartige Phrasen herein gefallen sind und durch den Titel allein ist das Gesetz schon eine Unmöglichkeit geworden. Der § 1 des alten österreichischen Gesetzes umfaßte in musterhafter Weise alle Kategorien von Angestellten, die in das Gesetz hineingehörten. Das neue Angestelltengesetz hat diese genaue Umschreibung gestrichelt und den Begriff des Angestellten allgemeiner gefaßt. So fehlen in dem neuen Gesetz die ärmsten der Privatangestellten, das sind die Beamten der Advokaturkanzleien. Oder will man erklären, daß gerade die Beamten in den Advokatenkanzleien nicht „höhere Privatdienste“ leisten? Ebenso fehlen die ausgebildeten Angestellten der Tabaktrafiken. Dagegen ist der Absatz 3 des neuen Gesetzes so verfaßt, daß sich überhaupt niemand mehr auskennen wird, wer Angestellter ist oder nicht.

Der § 4 des Gesetzes, Abteilung 2, betreffend die Anwendung des Gesetzes auf Handelsagenten und Provisionsvertreter ist unbrauchbar. Was denkt sich der Referent, wenn er sagt: „Weiterhin finden die Bestimmungen keine Anwendung auf Handelsagenten und Provisionsvertreter die durch einen Dienstvertrag nicht verpflichtet sind, die Dienste als Angestellte zu leisten, indem sie selbständig oder von Fall zu Fall tätig sind.“

Jeder Vertreter, der Ware verkauft oder den Verkauf vermittelt, leistet die Tätigkeit eines Angestellten. Und der § 13 des neuen Gesetzes bestimmt sogar in ganz vernünftiger Weise, unter welchen Umständen den Vertretern die Provision gebührt. Der Gesetzgeber will also den Vertreter schützen und nicht das von einem Dienstvertrag abhängig. Die Folge wird sein, daß die Unternehmer den Dienstvertrag vermeiden werden und so den Angestellten um die Rechte des Gesetzes bringen werden. Der Absatz ist aber auch überflüssig, weil er von vornherein durch seine Unklarheit zu Prozessor-Anlaß gegeben wird. Der Vertreter ist unbedingt Angestellter im Sinne des Gesetzes und wird sich diese erworbenen Rechte nicht nehmen lassen. Der § 5 bestimmt:

„Durch eine Regierungsverordnung können nach Anhörung der Gewerkschaftsorganisationen und Korporationen, denen gesetzlich die Wahrung der Interessen dieser Klassen zusteht, bestimmte Gruppen von Unternehmungen aus der Wirksamkeit dieses Gesetzes ausgeschlossen werden.“

Wohnte und der verordnete Referent nicht sagen was er eigentlich damit meint? Glaube er, daß sich eine Angestelltenorganisation finden wird die aus dem ohnehin schleichend durchgeführten Gruppen herausnimmt, oder will er den Unternehmerverbänden, die vielleicht unter Korporationen gemeint sind, von vornherein Gelegenheit geben, selbst den letzten Rest der Gewerkschaft aus dem Gesetz herauszubekommen. Dieser Paragraph muß und wird verschwinden. Den § 8 zittert wir, weil er demselben Zweck weisensinnder die Verfasser des Gesetzes waren. Der Paragraph lautet:

Aus der Vergangenheit des Ministers Měura.

Vor dem Bezirksgericht in Neusohl fand dieser Tage eine Verhandlung gegen den Sekretär der kommunistischen Partei Mathias Krštal statt, der von der Staatsanwaltschaft wegen übler Nachrede gelaßt worden war. Sekretär Krštal referierte nämlich in einer Volksversammlung in Neusohl, besprach auch die Interpellation der Kommunisten über die unerhörten Zustände in der Slowakei und erklärte schließlich, daß Dr. Měura, der gewesene Minister für die Slowakei, für sich Möbel, Wein und andere Sachen „beschlagnahm“ habe. Sekretär Krštal verwies aber ausdrücklich darauf, daß er keine Informationen aus der Interpellation der kommunistischen Abgeordneten habe.

Bei der Verhandlung erklärte Sekretär Krštal, daß er sich unschuldig fühle, und daß er den Wahrheitsbeweis anstreben werde. Der als Zeuge einvernommene Polizeikapitän, der bei der Volksversammlung anwesend war, erklärte, daß Krštal den inkriminierten Auspruch so getan habe, wie er ihn selbst bei Gericht angebe und nicht so, wie ihn die Staatsanwaltschaft darstelle.

Als zweiter Zeuge wurde der kommunistische Abgeordnete Tauszil einvernommen, der Aufklärung gab über die kommunistische Interpellation und über die Ungleichheiten, deren sich Dr. Měura schuldig gemacht hat. Abgeordneter Tauszil führte aus, daß die Interpellation beweise, daß Dr. Měura in seiner Eigenschaft als Minister für die Slowakei die Großgrundbesitzer und die Kapitalisten unterstütze, die Arbeiterbewegung dagegen unterdrückt habe. Als Wahrheitsbeweis für die Beschuldigung des Sekretärs Krštal brachte Abgeordneter Tauszil jenen Teil der Interpellation zur Vorlesung, in dem über Dr. Měura gesprochen wird. Dr. Měura war früher Bezirkshauptmann in Jata Moravce. Damals ordnete das Ackerbauministerium in Prag an, daß die Gutsherrschaft Klein-Topolčan, welche dem früheren Erzherzog Josef gehörte, unter Zwangsverwaltung gestellt werde. Dieser Anordnung des Ministeriums kam aber der Bezirkshauptmann Dr. Měura zuvor, indem er sich selber zum Vorsitzenden eines Kuratoriums einsetzte, das die Verwaltung des Gutshofes übernahm. Nun begann eine fabelhafte Ausräubung des Schlosses Klein-Topolčan.

Měura befahl dem Kastellan Masgaryl, daß er ihm eine Einrichtung für sieben Zimmer zusammenstelle und in seine Wohnung bringen lasse.

Außerdem ließ sich Měura eine ganze Reihe von Wertgegenständen, prächtigen Lustern, Uhren und anderen Dingen im

Gesamtwerte von 500.000 Kronen in das Gebäude der Bezirkshauptmannschaft schaffen. Weiter ließ er aus dem Schloss Keller 1600 Flaschen Dessertwein und Kognak im Werte von 80.000 Kronen wegführen. Auch mit den übrigen Gütern, die nun dem Kuratorium zur Verfügung standen, wurde in der verschwenderischsten Weise verfahren. Alle 14 Tage fanden auf dem Schlosse Weinlagen statt, bei denen der Wein in Strömen floss, und bis in die frühen Morgenstunden gepreßt wurde. Die Regierung hat, so führte Abgeordneter Tauszil weiter aus, diese Interpellation erst nach sechs Monaten, aber in vollständig ungenügender Weise beantwortet. Dr. Měura sei nach seinem Rücktritt

„Dem Angestellten, der vom Unternehmer aufgefördert wurde, sich persönlich vorzustellen, oder gekommen ist, den Dienstvertrag abzuschließen, steht der Ersatz der Barauslagen zu, die anrechenbar mit seinem Einkommen verbunden sind, falls er ihn vom Unternehmer ausdrücklich zugelaßt wurde, ob er in den Dienst aufgenommen wurde oder nicht.“

Es erübrigt sich jedes Wort der Kritik. Der § 18 verhängt die bisher geltenden Bestimmungen über die Remunerationen der Angestellten. So lautet der Absatz 3:

„Wurde eine solche Belohnung nur für den Fall versprochen, daß der Angestellte für eine bestimmte Zeit den Dienst zur Zufriedenheit verrichten wird, so gebührt sie ihm nicht, wenn das Verhältnis vor Ablauf dieser Zeit, wenn auch ohne Verschulden des Dienstnehmers gelöst wurde.“

Abatz 2 wieder sagt: „Die Renjarsremuneration kann auch stillschweigend, namentlich dadurch vereinbart werden, wenn sie am Orte und im betreffenden Geschäftsweg üblich ist und dem Dienstnehmer drei Jahre nachhinder ausbezahlt wurde.“

Beide Absätze sind eine erhebliche Verschlechterung des bisher Üblichen und können unter keinen Umständen von der Angestelltenchaft gebilligt werden.

So bemüht sich überhaupt das Gesetz durch viel Paragraphen eine ungeheure Verwirrung anzurichten. Das alte Gesetz hatte nur 40 Paragraphen und war gut, das neue Gesetz hat deren über 70 und ist schlecht. Wenn in dem Gesetz einige gute Anordnungen gegeben werden, so zum Beispiel bei den Urlauben der Angestellten, die nach einjähriger Dienstzeit nunmehr 14 Tage betragen sollen und nach mehr als 10-jähriger Dienstzeit sich über drei Wochen hinaus erhöhen, raubt man wieder jenen Angestellten, die weniger als ein Jahr angestellt sind, den bisherigen zehnjährigen Urlaub. Die Kündigungsfrist der Angestellten ist vorläufig noch ein Streitpunkt zwischen dem Handelsministerium und dem

als bevollmächtigter Minister für die Slowakei ohne Rücksicht darauf, daß so schwere Vorwürfe gegen ihn erhoben worden waren, zum Vorsitzenden des Stuhlgerichts in Kaschau ernannt worden.

Nach der Einvernahme des Abgeordneten Tauszil stellte an diesen der Staatsanwalt die Anfrage, ob er ihm nicht jene Personen nennen könne, die dem Klub der kommunistischen Abgeordneten das Material für die Interpellation geliefert haben. Als hierauf Abgeordneter Tauszil meinte, daß er die Namen dieser Zeugen nur mit deren Einwilligung nennen werde, erklärte der Staatsanwalt, daß er sich unter Hinweis auf die Pflicht der Zeugen alle Schritte vorbehalten, um den Abgeordneten Tauszil zur Nennung seiner Informanten zu zwingen.

Der Staatsanwalt mußte erst durch den Vorsitzenden befehlet werden, daß ein Abgeordneter nach dem Gesetze nicht verpflichtet ist, seine Informanten zu nennen.

Abgeordneter Tauszil erklärte sich aber trotzdem bereit, eine Reihe von Zeugen zu nennen, und bat sich zu diesem Zwecke eine Frist von 14 Tagen aus.

Der hierauf einvernommene Kastellan Masgaryl bestätigte in seiner Aussage die Angaben der kommunistischen Interpellation über Dr. Měura. Der Kastellan erklärte auch, daß die Ausrede Měuras, die Weinvorräte wären seinerzeit beim Einbruch der magyarischen Bolschewiken zum Teile vernichtet worden, hinfallig sei, da die Weinvorräte vor dem Einfall der Bolschewiken aus dem Schloß Keller fortgeschafft werden mußten und dieser versiegelt wurde. Die Bolschewiken hätten nichts angerührt, der ganze Wein kam in das Gebäude der Bezirkshauptmannschaft.

Es wurde dann auch weiter noch ein Mechaniker einvernommen, der in seiner Aussage anführte, daß er vom Bezirkshauptmann Měura den Befehl erhielt, im Schlosse

20 elektrische Luster und 40 Lampen abzumontieren und sie in die Wohnung des Bezirkshauptmanns zu bringen.

Der Monteur erklärte dann auch weiter, daß auf dem Schlosse große Gelage stattgefunden haben, welche Aussage durch eine gleichlautende Aussage des Kastellans ihre Bestätigung findet. Der Monteur wurde gleich den anderen Angestellten des Schlosses nach 22-jähriger Dienstzeit ohne Anführung der Gründe und ohne Abfertigung entlassen. Nur dem Kastellan gelang es, sich durch Intervention der Kabinettskanzlei eine Pension zu sichern.

Der Gerichtshof zog sich hierauf zur Beratung zurück und erklärte dann, daß die Beweise der Wahrscheinlichkeit nicht genügend (!!) sind und daß daher der Verteidiger aufgefordert werde, neue Anträge zu stellen. Der Verteidiger des Angeklagten erklärte hierauf, daß er zwar die vorgebrachten Wahrheitsbeweise als genügend betrachte, daß er aber trotzdem aus Vorsicht eine Reihe weiterer Zeugen vorschlagen werde. Die Verhandlung wurde hierauf vom Vorsitzenden vertagt. — Bei der Verhandlung hatte man, wie das „Rude Pravo“ bemerkt, den Eindruck, daß nicht Sekretär Krštal, sondern der gewesene Minister für die Slowakei und derzeitige Vorsitzende des Stuhlgerichts Dr. Měura der Angeklagte sei.

Ministerium für soziale Fürsorge, auf keinen Fall will man es aber bei der unbedingt notwendigen quartalsmäßigen sechsmonatlichen Kündigungsfrist betenden lassen.

Aus dem Angeführten werden die Angestellten entnehmen, wie die Regierung sie zu behandeln gedenkt und rechtzeitig zu einem schweren, doch hoffentlich erfolgreichen Kampf sich rüsten. Die Regierung aber würde am besten tun, wenn sie diese Vorlage in den Papierkorb wirft und es der Exekutive der freigewerkschaftlichen Organisationen überläßt, ein wirklich brauchbares Gesetz, das den Angestellten etwas bringt, zur allgemeinen Diskussion zu stellen.

Vereinigung der Angestelltenorganisationen im Deutschen Gewerkschaftsbunde.

Der Ausschuß der Vereinigung tagte am Samstag, den 14. Juli l. J. in Reichenberg. Die Sitzung befaßte sich wieder mit den sozialpolitischen Forderungen der Angestelltenchaft (einschließlich Sonntagsruhe und Sechshruben-Sperre) und nahm zu dem Regierungsentwurf des Gesetzes betreffend die Beschäftigten in höheren privaten Dienststellen Stellung. Der Gesetzentwurf, der Verschlechterungen gegenüber den jetzigen Zuständen enthält, wurde als unzulänglich betrachtet. Ebenso wurde in längeren Beratungen die neue Regierungsvorlage betreffend die Sozialversicherung der Arbeitnehmer erörtert. Die Forderungen der freigewerkschaftlichen Angestelltenorganisationen wurden wieder hervorgehoben und das Sekretariat der „Vereinigung“ mit der Durchführung der besonders in dieser Frage gefaßten Beschlüsse beauftragt. Nicht umhin konnte die Sitzung, auf die Darlegungen des Vertreters der Arbeiter gegen die Verwendung der Militärkapellen anstelle von Zivilkapellen Protest zu erheben. Es wurden außerdem eine Reihe wichtiger Organisationsangelegenheiten besprochen.

Fremdes Leben.

Von Joan Cantar.

Das ist die wahre Gerechtigkeit! Gloria! ... Zuerst hatten wir einen Fuchs, ein edles Tier, verschlossen und versunken in sich und in die Erinnerung an die Freiheit. Wir wurden lustern nach seinem leidigen Fleck und erschlugen ihn ohne Erbarmen. Zwanjgmal bäumte er sich unter dem Prügel auf, bevor er schweigend und mit unendlichem Hass in seinen gläsernen, gelben Augen zusammenbrach.

Gleich nach ihm ging der elegante, schlank-beinige Jabo in den Tod. Wir hatten ihn lebendig darum beurteilt, weil sich um seine zarte Schnauze eine Flechte gebildet hatte. Er winkelte nicht und bellte nicht; langsam trat er seinen letzten Gang an.

Sein Bruder, mein schwarzer Firbec, hatte mich selbst darum gebeten. Dreimal erhob er sich, um meine Annee zu erreichen, dreimal sank er zusammen. Endlich legte er seine Schnauze in den Sand und schaute mich mit leuchtenden Augen lange und ergeben an. „Schlag zu! Du siehst ja, wie es mit mir ist!“ Mein schwarzer Firbec!

Der weißflügelige, behelmte Kaladu wehrte sich bis zum Neuzerßen. Er wurde vor Verzweiflung rasend, schlug mit seinem stählernen Schnabel um sich und schrie bis zum Himmel in der Sprache seiner malaischen Heimat. Wir erwürgten ihn, da uns sein ausgestopfter Balg die passendste Fierde für die Wand über dem Spiegel schien.

Ein Fluß lastet auf dem Menschen. Wann immer er eigenmächtig in ein Leben greift, das nicht sein ist, wird seine verbesserische Hand bis zum Ellenbogen blutig. Er bekreuzigt sich und betet mit dem Kreuzzeichen auf der Stirne zu Gott, der ihn nach seinem Bilde erschaffen hatte.

Noch heute sehe ich die blauen, ruhigen, porzellanfarbigen Augen eines jungen Uhus vor mir. Ihr Blick kam aus unergründlicher Tiefe, aus dem kosmischen Schweben, aus Gegenden, wo die Mütter sind. Wir hatten zwei Junge aus dem Neste genommen. Gleich in der ersten Nacht kam der Vater nach den Kindern zu sehen. Er hätte sich besser nicht gemeldet! Wir überfielen ihn und überwältigten ihn schändlich. Zur Verzierung der Bibliothek konnte er nicht ausgestopft werden, denn in dem schrecklichen Kampfe wurde sein Gefieder ganz zerzaust und zerklüftet und auch um den Schnabel war er ganz blutig und wund. In der nächsten Nacht kam die Mutter. Wir schlugen das Fenster zu und warfen eine schwere Decke auf sie; sie warf und wälzte sich wild herum, bevor sie erlidete. Von den beiden Jungen war das eine mehr schwächlichen Körpers und zarter Natur. Es starb bald; ich glaube an einem bitteren Weh, das es niemandem mitteilen konnte. Nun stehen Mutter und Sohn zusammen auf einem glatt polierten Aste und starren mit ihren stumpfen Glasaugen in die Welt.

Der blauäugige junge Held, der Letzte seines Stammes, verschwand ohne jede Spur, flüchtete auf eine wunderbare Weise aus dem sorgfältig verschlossenen Käfige.

In der Nacht wachte ich auf und schreckte zitternd empor; es war, als hätte jemand mit ganz menschlicher Stimme unter dem Fenster aufgeschrien und unter Lachen und Weinen seinen grausigen Triumph angekündigt.

„Sei — joj — joj — joj!“ Die ganze Nacht hindurch, daß es bis zu den Steuern poßchte und schlug.

Am Morgen lag im Staube unsere Turjel-taube, aus ihrem schönen Käfige gewaltsam geraubt; sie lag dort, wie mit Absicht und zum Hohn vor die Schwelle gelegt, zerrissen und zerfleischt, mit ausgehakten Augen, nur noch ein Klumpen von Gefieder und Blut: Die süße Turjel-taube, vom Morgen bis zum Abend verlicht, ohne Unterlaß wofflüchtig gierend, eine Gefährtin des Menschen, ganz nach seinem Bilde geschaffen.

Wir hatten einen Läubertich, ein zartes, ganz weiches, sanftmütiges Wesen. Er nahm das Futter aus der Hand und stolzierte, den brisigen Schwanz zu einem Rade geschlagen, eitel und von sich selbst entzückt, im Hofe herum.

„Sei — joj — joj — joj!“ Am Morgen lag der Läubertich im Staube, sich selbst nicht mehr ähnlich, blutig, zerfetzt und verstaubt.

In unserer Hausflur kam ein junger Fink zu Gaste. Er hatte sich kaum dem Menschen genähert, und verfiel schon in der dritten Nacht dem Tode. Das arme bunte Gefieder war vor die Schwelle hingetreut, als Zeichen und Brief.

Der Tod hatte seine Hand auf das Haus und auf die erschrocken Herzen gelegt. Mit mächtigen Schwingen segelte er Nacht für Nacht um die Fenster.

„Sei — joj — joj — joj!“ Wer kommt nun an die Reihe? Wem sind die Augen noch nicht ausgeschakt?

Das ist das Recht, o Mensch, das du dir selbst geschrieben hast! Aus dem Slowenischen übersetzt von J. A. Glona z.

Genossen! Verbreitet die Arbeiterpresse!

Kleine Chronik.

Diebstahl eines wertvollen Gemäldes in Berlin. In der Berliner Nationalgalerie wurde Donnerstag während der Besuchsstunden eines der kleinen Gemäldes des berühmten Malers Spitzweg aus dem Rahmen geschnitten und gestohlen.

Die neueste Entdeckung Marconi. Guglielmo Marconi, der von seiner ausgedehnten italienischen Kreuzfahrt an Bord seines Schiffes „Elektra“ nach London zurückgekehrt ist, erklärte den ihn begrüßenden Interviewern, daß seine Versuche ein ganz unerwartetes Ergebnis gebracht hätten. Er behauptet, daß es ihm jetzt möglich sei, von einer Station zur anderen auf direktem Wege funktentelegraphische Nachrichten zu senden, die sich bis jetzt, wie man weiß, funktentelegraphisch verbreiteten, so daß sie von jedem Empfänger, der sich im Radius der Wellen befand, aufgefangen werden konnten. Marconi glaubt auch auf dem Wege zu sein, eine bedeutsame Verbesserung im Übermittlungsverfahren zu bewirken, die geeignet ist, das absolute Geheimnis der funktentelegraphischen Übermittlung zu bewahren. Ueber die Einzelheiten seiner neuen Entdeckung verbreitete er sich in folgenden Erklärungen: „Wir haben Nachrichten bis zu einer Entfernung von mehr als 3500 Kilometer blitzschnell und unbedingt deutlich übermittelt, und zwar mit einem ganz geringen Aufwand von Energie. Es handelt sich in Wahrheit nur um einen Bruchteil der Energie, die für die Sendung von Nachrichten von London nach Paris bei dem üblichen Verfahren gebraucht wird. Das ist sehr wichtig, weil dadurch die Kosten für den Bau der Sendestationen auf lange Entfernungen wesentlich herabgesetzt werden. Ein weiterer Vorteil ergibt sich aus dem Umstand, daß mit gut konstruierten Apparaten die Nachrichten siebenmal schneller als jetzt übermittelt werden können, ohne daß die Genauigkeit der Übermittlung leidet, mit anderen Worten, es ergibt sich auch hier ein siebenmal höherer Ertrag. Denselben Vorteil würde auch der Preis der Radiotelegramme bedeutend herabgesetzt werden können.“

Die Verbesserung der Zimmerluft. Allgemein herrscht heute das Bestreben, in Räumen, in denen ein starker Luftverbrauch oder eine Luftverschlechterung stattfindet, Reinigungsapparate anzustellen. Viele von diesen erfüllen ihren Zweck nicht; denn sie stiften eine Verbesserung der Luft dadurch vor, daß sie nur einen angenehmen Wohlgeruch entwickeln. Andere Apparate dagegen wirken in der Tat zweckentsprechend, da das ihnen entströmende Ozon die in der Luft enthaltenen Bakterien tötet. Mit dieser scheinbaren Keuschheit werden nur alte Sitten aufgeschichtet und mit einem gewissen wissenschaftlichen Anstrich versehen. Wenn in den Schenkeln auf dem Lande die Tanzsäle mit frischem Tannengrün geschmückt wurden, so geschah das sicher nicht nur dem Neuen zuliebe, um dem Saal einen festlichen Anstrich zu geben, sondern weil der Wirt wohl wußte, daß die Luft durch den Tannenduft reiner und frischer blieb. Und wenn wir noch heute die Blattflanzen ins Wohnzimmer stellen, so tun wir das sicher aus der dunklen Empfindung heraus, daß dadurch die Luft frischer bleibt. Und das ist in der Tat so. Die Luft wird dadurch schlechter, daß der Mensch Kohlenäure ausatmet. Die Pflanzen dagegen saugen Kohlenäure ein und atmen Sauerstoff aus, so daß hier ein Austauschprozeß vor sich geht, der für beide Teile günstig ist.

Der amerikanische Kohlenreichtum. Die Beforgnis, daß der Petroleumreichtum Amerikas im Abnehmen begriffen und die Zeit voranzufahren ist, in der die Delequellen verknappen dürften, läßt manche wirtschaftlichen und politischen Befürworter der Vereinigten Staaten nicht ruhen und heißt sie umschauen halten, wo und wie Ertrag des einst eintretenden Abganges zu finden wäre. Auch das Schwinden des amerikanischen Kohlenvorrats ist von den Befürwortern

zur Sprache gebracht worden. Ihrer Angst will sich ein Bericht des neuen Staatssekretärs des Innern Wort über die Kohlenlager der Vereinigten Staaten entgegenstellen. Seiner Uebersicht über die Kohlengruben schließt sich auch ein Ausblick auf die Möglichkeiten an, die die noch unerforschten Kohlengebiete der Union bieten. Uebersicht und Ausblick berechtigen die Vereinigten Staaten zur Hoffnung, daß sie lange Zeit für ihren Kohlenbedarf nicht zu besorgten haben. Der Veröffentlichung des Staatsdepartements des Innern entnehmen wir auf Grund eines Berichtes des Berliner Tageblattes folgende Daten: Die bisher festgestellten Kohlenlager der Union haben einen Umfang von 10.000 Quadratmeilen und sind die ausgedehntesten der Welt. Sie breiten sich auf 29 Staaten aus und liefern alle Arten von Kohle, von Anthrazit über Braunkohle bis zum Torf. Die Weichkohlen treten in vielen Gegenden ganz offen zutage, so daß sie ohne Bergwerksbetrieb abgebaut werden können. Das Hauptkohlengebiet ist der Staat Pennsylvania, wo fast aller Anthrazit und etwa 40 Prozent aller Braunkohle gefördert werden. Es ist durchzogen von dem reichen Kohlenlager der Appalachen, die sich bis nach Alabama erstrecken. An zweiter Stelle steht Westvirginia, das fast zehn Prozent der Weichkohlenproduktion liefert, dann kommt der Kohlenkübel von Illinois, Arkansas, Oklahoma und Texas an die Reihe. Nicht völlig erforscht ist das Kohlengebiet der westlichen Staaten Montana, Wyoming, Utah und Colorado. Es ist wahrscheinlich, daß diese Staaten noch größere Lager besitzen als Pennsylvania und Westvirginia. An der nördlichen Westküste der Union im Staate Washington sind Kohlenfelder entdeckt worden, die vermutlich bald eine große Rolle spielen werden. Auch in Alaska werden Kohlenfelder vermutet, mit deren Aufbau man aber noch nicht begonnen hat.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Die Ausperrung der Bauarbeiter in Prag ist bekanntlich dadurch beendet worden, daß beide Parteien übereingekommen sind, den Lohnstreit der zuständigen Schiedskommission zu unterbreiten. Die Entscheidung der Schiedskommission ist nun dahin ausgefallen, daß die Mehrheit sich auf den Standpunkt der Unternehmer gestellt hat und die geforderte Lohnserhöhung der Klempner und Installateure abgelehnt hat. Bezeichnend ist, daß nach dem Schiedsspruch der Lohn der Arbeiter in den kleinen Betrieben mit 4.80 bis 4.96 K festgesetzt wurde, obwar der Unternehmervertreter bemerkte, daß in den Großbetrieben 5 K 13 h für die Stunde gezahlt wird. Dagegen erklärte das Lohnschiedsgericht, daß der übrigen Bauarbeiterschaft eine Lohnserhöhung von 10 bis 30 h für die Stunde auf Grund der Erhöhung der Lebensmittelpreise zuerkennen sei. Die für einen Teil der Arbeiterschaft ungünstige Entscheidung wird zweifellos in den Kreisen der Spengler und Installateure eine Erregung und Gärung hervorrufen.

Wahlen der österreichischen Eisenbahner. Die die „Arbeiterzeitung“ meldet, wurden am 5., 6. und 7. d. die Personalvertretungen der Eisenbahnen neu gewählt. Wahlberechtigt waren 87.888 Personen. An der Wahl beteiligten sich 86.016 Personen (94,5 Prozent). Davon waren 83.139 Stimmen gültig. Auf die freie Gewerkschaft entfielen 61.921 Stimmen, d. i. 76,4 Prozent, die deutschnationale Verkehrsgewerkschaft erhielt 16.981 Stimmen, d. i. 18,4 Prozent, die christliche Eisenbahngewerkschaft 1237 Stimmen, d. i. 5,2 Prozent. Die freie Gewerkschaft hat demnach im Zentralauschuß 14 Mandate, die deutschnationale Verkehrsgewerkschaft 3 Mandate und die christliche Gewerkschaft 1 Mandat. — Das Wahlergebnis bedeutet für die freien Gewerkschaften einen bedeutenden Erfolg, denn in

den früheren Personalvertretungen hatten diese nicht wie jetzt 76, sondern nur 66 Prozent der Mandate.

Vermögenssteuer in Polen. Nach dem neuen polnischen Gesetz über die Vermögenssteuer werden in den nächsten fünf Jahren, und zwar angefangen vom Jahre 1924 bis zum Jahre 1928, in zehn Halbjahren einmalige Vermögenssteuern erhoben, deren Gesamtsumme eine Milliarde Goldfranken erreichen soll.

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

| | | |
|------------------|-------------|----------|
| Zürich | Schw. Frant | 16.82 50 |
| Berlin | Mark | 847.00 |
| Wien | östr. Kr. | 2131.00 |

Prager Kurse am 20. Juli.

| | Gold | Ware |
|---------------------------------|-----------|-----------|
| 100 holl. Gulden | 1310 50 | 1314 50 |
| 10.000 Mark | 0 51 00 | 1 01 00 |
| 100 belg. Franks | 162.00 00 | 163.50 00 |
| 100 schwed. Fran! | 590.75 00 | 593.25 00 |
| 1 Pfund Sterling | 152.75 00 | 154.25 00 |
| 100 Lire | 143.75 00 | 145.25 00 |
| 1 Dollar | 33.22 50 | 33.62 00 |
| 100 franz. Franks | 196.12 50 | 197.62 50 |
| 100 Dinar | 35.50 00 | 36.00 00 |
| 10.000 maghar. Kronen | 24.00 00 | 30.00 00 |
| 10.000 poln. Rzt! | 1.75 00 | 2.25 00 |
| 10.000 östr. Kronen | 4.44 00 | 4.94 00 |

Zürcher Schlusskurse am 20. Juli.

| | Gold | Ware |
|--------------------|------------|------------|
| Paris | 33.15 00 | 33.35 00 |
| London | 25.85 00 | 25.90 00 |
| Berlin | 0.00.15 00 | 0.00.17 00 |
| Mailand | 24.25 00 | 24.40 00 |
| Holland | 220.75 | 221.75 |
| Wien | 0.00.78 00 | 0.00.78 75 |
| Budapest | 0.05 25 | 0.06 00 |
| Bras | 16.75 00 | 16.90 00 |
| New York | 5.62 00 | 5.64 00 |
| Beograd | 5.95 00 | 6.10 00 |
| Warschau | 0.00.38 00 | 0.00.43 00 |

Kunst und Wissen.

Neues Theater. Heute Samstag die Operettenneuheit „Die schöne Mama“; morgen Sonntag Abschied Perthold—Sterner „Der Rosenkavalier“. Dr. Heinrich Jalowek dirigiert zum letztenmal.

VII. Prager Herbstmesse vom 2.—9. Sept. 1923

Schutz der Republik.

Erläuterung des Gesetzes v. 19. März 1923.

Im Verlage des Parteivorstandes der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei erschienen. 72 Seiten Hart.

Das Buch enthält den gesamten Text des Gesetzes zum Schutz der Republik vom 19. März 1923 und zu jedem Paragraphen eine ausführliche juristische Erläuterung. Weiter enthält das Buch den vollständigen Text des Gesetzes über das Staatsgericht vom 19. März 1923.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen zum Preise von **2 10.—**. Für organisierte Arbeiter ist das Buch durch die zuständige Bezirksorganisation oder das

Sekretariat der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Teplitz-Schönau, Seilerstr. 1 zum Preise von 2 4.— zu beziehen.

Aus der Partei.

Bezirkskonferenz Friedland i. B. Die am letzten Sonntag in Friedland stattgefundene Bezirkskonferenz beschäftigte sich lediglich mit der Frage der Gemeindegewahl, über welche Genosse Daniel aus Reichenberg das Referat erstattete. Es entwickelte sich hierauf eine lebhafteste Debatte, an der sich die Mehrheit der anwesenden Delegierten beteiligte. Aus den Ausführungen ging hervor, daß unsere Genossen alles daransetzen werden, um für die Partei bei den nächsten Gemeindegewahlen entsprechende Erfolge zu erzielen. Starke Zuzug werden im Friedländer Bezirk die Christlichsozialen erhalten; ebenso versuchen die Nationalsozialisten besonders in Orten, die als kommunistische Hochburgen gelten, sich breitzumachen. Die Bezirksleitung wird sich mit dieser Angelegenheit in Teilkonferenzen besonders beschäftigen. Weiter wird sie die Parteiverarbeitung für Organisation und Presse in allen Orten des Bezirkes einleiten. Eine Anfrage, die die Reichshäusler betraf, wurde zur Beantwortung dem Parteivorstand zugesandt. Die vom Genossen Jücker geleitete Konferenz wurde nach dreistündiger Dauer geschlossen.

Bezirkskonferenz Wegblät. Sonntag, den 22. Juli findet in J. e. b. u. s. im Gasthause des Herrn Schenbrenner, eine Bezirkskonferenz statt, auf deren Tagesordnung folgende Punkte stehen: Gemeindegewahlen und Verschiedenes.

Turnen und Sport.

Slavia — Fener Bagdsche 10:1 (5:0).

Konstantinopel, 19. Juli. Slavia schlug den Meister der Türkei Fener Bagdsche 10:1 (5:0).

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Deutsche Zeitungs-Abteilungsgesellschaft, Prag. Für den Druck verantwortlich: O. Holth.



Kuh & Kretsch Likörfabrik 1476 Teplitz-Schönau.

Warnung ! ! Verlangen Sie in Ihrem eigenen Interesse bei Ihrem Konsumverein od. beim Kaufmann ausschließlich nur den bestbewährt. Fliegenfänger **KOH—I—NOOR** Erste Prager Fliegenlänger-fabrik Prag-Vrbovic Nr. 448 V. Tel. 7899.

Die Ursache.

28

Roman von Leonhard Frank.

Er hat hoffen dürfen, bis zum Kreuz. Er hat hoffen dürfen bis zum letzten Augenblick. Ich sehne mich nach seinen Qualen . . . Ich werde um sechs Uhr ermordet!

Blöbliche Wut riß ihn herum. Zum betenden Priester, der entsetzt zurückwich: „Gehen Sie“, sagte er verhalten drohend.

Der Priester streichelte dem Dichter vorsichtig, milde den Arm.

„Gehen Sie!“ brüllte er einige Mal schnell hintereinander, die Häufte an die Schläfen gepreßt. „Keine Zeit! Zeit!“

Der Priester erhob sich unschlüssig, suchte nach einem Grube, fand keinen. Und ging ohne Gruß. Vor der Tür sagte er verwirrt: „Guten Morgen.“

Der Dichter stand einen Augenblick in fassunglosem Staunen, das sah ein Grauenshauer verdrängte, als die Tür ins Schloß gefallen war. Raslos sah er an der Wand aufwärts zur Decke, an der Längswand entlang zum Fenster, ohne den Körper mitzudrehen, bis er das Gleichgewicht verlor und fast gestürzt wäre. Dann setzte er sich, legte die Arme verschränkt auf den Tisch und ließ langsam den Kopf darauf nieder.

Es war noch kein Ton zu hören im ganzen Gebäude. Keine Uhr schlug. Der Nachthimmel war schon grauer geworden.

Die Todesfurcht hielt des Sitzenden Rücken krumm gebogen. Die Luft hinter ihm, der Gefängnishof, die ganze Erde hob das Beil und hielt es erhoben.

Die Augen stier offen, legte er ganz langsam den Kopf mit der Wange auf die Tischplatte, um die Stellung zu probieren. Der Gedanke, die Wange müsse furchbar geprellt werden, ließ ihn den Kopf schnell auf die andere Seite legen und

so den Hieb erwarten. Der Hieb kam nicht. Da brach erleichternder Schweiß aus, weil der Hieb nicht kam. Und der Dichter war überzeugt, daß der Hieb überhaupt niemals kommen werde, daß einem Menschen der Kopf nicht abgeschlagen werden würde.

„Den ganzen Kopf abhacken? Da es doch . . . Goethe gibt und Strafenbahnen. Das kann nicht sein. Kein Mensch gibt sich dazu her, mit dem Beil einen Menschenkopf herunterzuschlagen. Da würde ja niemand dabei zusehen wollen. Was würden die Mütter und Frauen von den Menschen sagen, die dabei zusehen. Was würden die zuschauenden Zeugen für Väter sein zu ihren Kindern . . . Es wird ganz anders vor sich gehen. Auf einmal werde ich tot sein.“

Als er aufstand und sich das in den Kopf gestiegene Blut verteilte, packte ihn wieder die Gewißheit.

Es war ganz still. Der Dichter wußte nicht, ob es noch eine Stunde, zwei Stunden, einige Minuten bis dahin waren. „Was denn?“ fragte er. Es blieb still. Da sah er zum Fenster. Der Ausschnitt des Fensters, von den Gitterstäben durchkreuzt, war rosenerot. Unbeweglich blickte er auf das unbewegliche Rosenrot.

Ganz von fern, noch kaum hörbar, erklang ein Räderknirschen, wurde deutlicher, zum einseitigen Klappern eines Wagens auf dem Pflaster; er konnte den Hufschlag der schweren Pferde unterscheiden. Fast unter seinem Fenster hielt der Wagen, in dem die Hinrichtungsgegenstände waren. Er hörte die Pferde einige Mal stampfen. Dann war es still. Eine Männerstimme sagte etwas. Er hörte ein Brummen als Antwort, das Abladen, und flüsterte: „Die unschuldigen Pferde — die unschuldigen Menschen.“ Mit einem furchtbaren, wortlosen Schrei schmeckte er herum:

der Wärter trat ein. Und brachte dem Dichter etwas Starkendes zu trinken. Eine Auswahl auf einem Tablett: Tee, Schokolade und eine

halbe Flasche Wein. Unterm Arm trug er ein frisches, noch warmes Weißbrot. „Trinken Sie lieber Rotwein? . . . Das brauchen Sie nur zu sagen.“

„So?“ sagte der Dichter und bewegte sich, rückwärts gehend, bis zur Fensterwand, preßte sich dagegen an wie ein Kind, das nicht essen will. „Ich soll das trinken?“ sagte er, ohne die Hände von der Wand zu lösen. Jetzt nahm er eine weg und deutete: „Da hinein? Zum Mund? . . . Und später? Was wird dann?“

Der Wärter goß das Glas voll Wein, hielt es gegen das Licht und stellte es auf das Tablett.

Blötzlich wurde dem Dichter die Schädeldede kalt. Er griff sich an den Hals. Mit beiden Händen beschloß er das Fleisch. „Den Hals durchschneiden? Den ganzen Hals? . . . Diese dicke Stange Fleisch durchhacken?“

Der Wärter legte das Prot gerade. „Es ist noch warm“, sagte er.

„Den Kopf . . . wegschneiden? Den ganzen Kopf? . . . Mit den Augen . . . Die ganzen, lieben Augen? Das . . . kann . . . nicht . . . sein. Nein nein nein nein!“

Da lag er auf den Knien und umklammerte die des Schliebers.

Der machte sich los und sagte, das sei bald vorüber. Er solle sich halt zusammenehmen, da helfe alles nichts.

Schnell schob er das Tablett in die Tischmitte, weil der schwanfend aufstehende Dichter es sonst mit seiner Achsel heruntergeworfen hätte.

„So? Hilft nichts?“ Etwas zog seinen Blick zum Fenster. Die Sonne griff um die Eisenstäbe herum, legte sich aufs Fenstersims und plachte auf das Nidestablett; ein dünner Strahl bligte an der Wand herunter, schräg über den Fellenboden und verfiel sich in der Ecke.

„Wie . . . viel . . . Uhr . . . ist es denn . . . jetzt?“

„Dreiviertel sechs . . . Trinken Sie vielleicht doch lieber Rotwein?“

(Schluß folgt.)